

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis monatlich 50 Pf., Einzelnummer 15 Pf.
 Postcheckkonto der Hauptkasse des DMV, Berlin Nr. 138262
 Postcheckkonto der Verlagsgesellschaft des DMV, Berlin Nr. 121218

Verantwortlicher Schriftleiter Fritz Kummer
 Schriftleitung und Versandstelle Berlin SW68, Alte Jakobstraße 148
 Fernsprecher A 7 Dönhoff 6750-6753

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
 Schriftsätze ohne Freiumschlag werden nicht zurückgesandt
 Eingetragen in der Reichspostzeitungsliste

Immer gegen den Faschismus

Man hat häufig die Frage aufgeworfen, weshalb die Großunternehmer für den Faschismus sind, wo sie doch in einem kapitalistischen Lande auch im System der Demokratie ihre Profite erzielen und dank ihrem politischen und sonstigen Einfluß eine starke Machtstellung innehaben. Der Unterschied ist aber sehr wesentlich:

Während die parlamentarische Demokratie der Arbeiterschaft einen Kampfplatz bietet, um die kapitalistische Wirtschaftsordnung zu bekämpfen und zu unterhöhlen, während sie der Arbeiterschaft Aufstiegsmöglichkeiten zur Verbesserung ihrer Lebenshaltung und ihres sozialen Schutzes gibt, ist das Wesen des Faschismus gekennzeichnet durch die Verhinderung einer Änderung der bestehenden Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen, durch die Verewigung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse. Soweit es zu einem Ausgleich der widerstrebenden Interessen kommt, erfolgt dieser in der parlamentarischen Demokratie gewöhnlich durch Kompromiß, im Faschismus durch Diktat. Die Kompromisse sind Ergebnisse von Klassenkämpfen, die die Möglichkeit der Entfaltung der eigenen Kräfte bieten, das Diktat oder Machtwort wird in Grabesstille gefällt. Verbot der freien Rede, Beseitigung der Presse- und Versammlungsfreiheit, Streikverbot sind der faschistischen Diktatur unentbehrlich. In den parlamentarischen Kämpfen eines demokratischen Landes erfolgt eine Führerauslese. Die Parteien können ihren Führern ihr Vertrauen schenken oder es ihnen entziehen. Im Faschismus bleibt der Führer, der einmal an die Macht kam, an der Macht kleben, und sei er noch so untauglich und habe er noch so stark enttäuscht.

Die Enttäuschung darf ja überhaupt nicht bewußt werden. Die Söldner des Systems singen das Lob des Führers aus eigenem Interesse, die faschistisch beherrschte Presse erst recht, und ein völlig versklavtes Erziehungswesen ist mit der Aufgabe betraut, die empfängliche Jugend mit allen Mitteln der Täuschung für den Führer zu begeistern, diesen in einen Nationalhelden größten Formats umzufälschen. Derart gibt es bereits bewährte Rezepte für die faschistische Machtergreifung und Machterhaltung. Hitlers Wahlpropaganda zeugt dafür, daß die deutschen Faschisten gelehrige Schüler des ausländischen Faschismus sind.

Indessen bleiben zwei Fragen zu beantworten, die für die gegenwärtige Zeit bedeutungsvoll sind, von welchen die eine in der faschistischen, die andere in der kommunistischen Propaganda eine große Rolle spielt. Beide sind miteinander eng verbunden.

Wir befinden uns zur Zeit in der fürchterlichsten Wirtschaftskrise, die es je gab, und die Staatsmacht zeigt sich gegenüber dieser Krise ohnmächtig. Sie ist nicht in der Lage, den Arbeitslosen Arbeit zu beschaffen. Die gewaltigen Finanzschwierigkeiten des Staates in der Krise führen auf der einen Seite zu einem erhöhten Steuerdruck, zum anderen zur gewaltigen Drosselung der Staatsausgaben, der Beamtengehälter und vor allem der sozialen Ausgaben. Erhöht werden diese Finanzschwierigkeiten durch staatliche Zuwendungen an zusammengebrochene Banken und an notleidende Schichten, wobei freilich die Auswahl der zu Unterstützenden sich entsprechend den Gesetzen des politischen Geschehens jeweils nach den bestehenden Machtverhältnissen richtet. So erhebt sich die Frage, ob einer diktatorischen Staatsmacht, die auf Parteien und andere soziale Mächte keine Rücksicht zu nehmen braucht, die Mittel zur Bekämpfung der Krise nicht mehr als einer parlamentarischen zu Gebote stünden.

Die Erfahrungen, die uns die faschistischen Länder bieten, zeigen die absolute Unhaltbarkeit einer solchen Annahme, die auch theoretisch völlig unbegründet ist. Der kapitalistische Staat, sei er ein demokratischer oder ein faschistischer, vermag mit den Mitteln der staatlichen Wirtschaftspolitik die Wirtschaftskrise überhaupt nicht zu überwinden. Die Überwindung der Krise kann allein aus den Bewegungsgesetzen der kapitalistischen Wirtschaft selbst heraus erfolgen. Solange wir die kapitalistische Wirtschaft haben — und der Faschismus verfolgt den Zweck, dieses System zu verewigen —, kann die Rolle des Staates bei der Wirtschaftskrise nur darin bestehen, diese mit den Mitteln der staatlichen Wirtschafts- und Sozialpolitik zu erleichtern.

Was nun die Sozialpolitik anbelangt, so zeigen unsere Ausführungen zur Genüge, daß ein faschistischer Staat den sozialen Schutz in der Krise viel rascher und stärker preisgibt als demokratische Länder, die ihn wegen der Finanznot des Staates ebenfalls verringern. Die wirtschaftspolitischen Mittel, die von den kapitalistischen Ländern zur Krisenerleichterung verwendet werden — Steuer-, Währungs-, Kredit-, Zollpolitik —, sind aber in sämtlichen kapitalistischen Ländern die gleichen, ob sie nun faschistisch oder nichtfaschistisch regiert werden.

Die kommunistische Propaganda beantwortet diese selbstverständlichen Feststellungen mit der Behauptung, daß das in Deutschland gegenwärtig herrschende Regime sich von einem Faschismus in nichts

mehr unterscheidet. Jeder, der vom Charakter eines faschistischen Staates auch nur eine Ahnung hat, müßte wissen, daß diese Behauptung falsch ist und daß die Machtausübung der deutschen Regierung von den Methoden der faschistischen Herrschaft meilenweit entfernt ist. Sofern aber jene Behauptung einen Wahrheitskern enthält, so muß sich daraus erst recht der Kampf für die Befestigung der Demokratie ergeben. Die Radikalisierung der Mittelschichten durch die Wirtschaftskrise, die Hitler September 1930 so große Wählermassen zuführte, hat die Tätigkeit des Parlaments lahmgelegt und erzwang die Ausübung der Staatsmacht mit Notverordnungen. Dieser selbe Sieg führte auch sonst zu einer Verstärkung des Rechtskurses innerhalb der Reichsregierung, die im Inhalt der Notverordnungen, wie im übrigen auch in der gesamten Führung der Innen- und Außenpolitik zum Ausdruck gelangt. Wenn aber die parlamentarische Demokratie heute nicht richtig funktionieren kann, sollen wir nun auch das zerstören, was an freier Bewegung noch übrig bleibt? Zum Glück sieht die große Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft ein, wie töricht eine solche Politik der Zerstörung wäre.

Wir stehen nun vor den Landtagswahlen in Preußen, Bayern und in anderen Ländern. Auch die Tätigkeit der preußischen Regierung steht im Zeichen

An alle Gewerkschaftsmitglieder!

Am 13. März habt ihr Hitler geschlagen.

Ihr habt die erste Schlacht gewonnen. Jetzt gilt es, euren Sieg auszunützen. Die Reihen eurer Feinde sind erschüttert. Sie müssen zum zweiten Male und noch vernichtender geschlagen werden.

Keiner darf am 10. April an der Wahlurne fehlen. Wer sich der Stimme enthält, ist fahnenflüchtig. Wer jetzt noch seine Stimme Thälmann gibt, ist ein politischer Narr. Wer für Hitler stimmt, schmiedet sich und euch neue Ketten.

Jede Stimme für Hindenburg ist ein Hammerschlag gegen die Feinde eurer Freiheit!

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
 Leipart
 Allgemeiner freier Angestellten-Bund
 Aufhäuser
 Allgemeiner Deutscher Beamten-Bund
 Falkenberg

der fürchterlichen Wirtschaftskrise, der gegenüber sie gerade so ohnmächtig ist, wie alle anderen Mächte der Welt. Auch sie ist zur Zeit gezwungen, statt Ausbau einen Abbau zu treiben. Wäre es aber nicht ein verantwortungsloser Leichtsin, darüber zu vergessen, was das preußische Regierungssystem bisher tatsächlich geleistet hat, die gewaltige Aufbauarbeit auf kulturellem, sozialem und wirtschaftlichem Gebiet! Dabei handelt es sich nicht nur um Verdienste in der Vergangenheit, sondern auch um die Kennzeichnung des Systems selbst, das dem preußischen Volk ein menschenwürdiges Leben im Staat, der Arbeiterklasse Bewegungsfreiheit und Aufstiegsmöglichkeiten bot.

Die Beibehaltung und Verbesserung dieses Systems ist auch zur Bekämpfung der Krise von größter Bedeutung, da es das Vertrauen in der Welt genießt, während sein Sturz das gegenwärtige Chaos in der Weltwirtschaft und der internationalen Kreditpolitik noch verschärfen würde.

Die deutsche Arbeiterschaft wird nicht so töricht sein, der kommunistischen Zerstörungswut anheim zu fallen. Ihr gesunder Sinn sagt ihr, was das Gebot der Stunde ist: Kampf um die parlamentarische Demokratie in Preußen und anderswo, stärkster Kampf dafür, daß der Volksentscheid vom 13. März gegen den Faschismus bei den Landtagswahlen bestätigt wird. A. H.

Steuergroschen für Pleiten

Die Sanierungsverhandlungen in der oberschlesischen Montanindustrie sind im großen und ganzen abgeschlossen. Dabei ist das erfreulich, daß das Reichskabinett endlich gegen die Quertreibereien der privaten Großaktionäre mit allen Mitteln Stellung genommen hat.

Insbesondere war es die Ballestrenggruppe, die immer versuchte, die durch Mißwirtschaft entstandenen Verluste restlos auf die öffentliche Hand abzuwälzen. Dagegen wollte man nicht zulassen, daß sich die öffentliche Hand, die das Geld für die Sanierung bereitstellt, Einfluß auf den sanierten Konzern sichert. In der privaten Wirtschaft ist es selbstverständlich, daß der Geldgeber entsprechenden Einfluß erhält, um kontrollieren zu können, wie sein Geld verwendet wird. Die Ballestrenggruppe hat aber in Denkschriften und Aufsätzen die ganze Angelegenheit so dargestellt, als ob es sich dabei um einen staatskapitalistischen Vorstoß Preußens auf Kosten der Privatwirtschaft handele.

Wie diese Staatswirtschaft aber aussieht, geht aus folgendem hervor: Das Reich und Preußen haben dem Oberhüttenkonzern (Vereinigte oberschlesische Hüttenwerke AG), um die es sich bei dieser Sanierung in der Hauptsache handelt, bereits durch Zinsopfer eine Subvention in Höhe von 20 Millionen Mark gewährt. Darüber hinaus wird die öffentliche Hand infolge der neuen einschneidenden Sanierung mit einem Kapitalverlust von 18 Millionen Mark zu rechnen haben. Es ist doch wirklich eine Selbstverständlichkeit, daß sich die öffentliche Hand für diese großen Opfer, insbesondere für die 18 Millionen Mark, die dem Unternehmer weiter überlassen werden müssen, das Recht der Mitverwaltung ausbedingt. Das Reich steht, wie aus dem jetzt bekanntgewordenen Kabinettsbeschuß hervorgeht, auf dem Boden des gemeinsam ausgearbeiteten Sanierungsplans. Es wäre staatsfinanziell wie volkswirtschaftlich auch völlig unverantwortlich, wenn die öffentlichen Stellen sich nicht einen einschneidenden Einfluß auf die seit Jahren mit öffentlichen Mitteln ausgehaltene oberschlesische Eisenindustrie sichern würde.

Der vorliegende Sanierungsplan ist zwar so gestaltet, daß eine Majorisierung der öffentlichen Hand durch Ballestreng ausgeschlossen sein soll. Immerhin legt die vorgesehene Regelung der öffentlichen Hand außerordentlich große Opfer auf und bringt andererseits den Großaktionären schwer zu rechtfertigende Vergünstigungen. Es ist so, daß im Konkurs die Aktionäre alles verlieren würden und obendrein Ballestreng nicht für Bürgschaftsverpflichtungen bis zu 8 Millionen Mark in Anspruch genommen werden könnte. Die öffentliche Hand würde, auf Grund ihres Pfandrechts, ohne Zubeße das Werk weiterführen können. Trotzdem sollen nach dem Sanierungsplan Reich und Preußen auf 18 Millionen Mark verzichten und die Großaktionäre andererseits kostenlos 4 Millionen Mark Aktienkapital an dem neukonstruierten Geschäft erhalten. Der Ballestrengkonzern erhält für seine Gruben das wertvolle Beileieferungsrecht für die Hüttenbetriebe, bringt aber seinen Grubenbesitz nicht in die neue Verbindung ein.

Man muß beachten, wie verschiednen die Gläubiger behandelt werden. Die öffentlichen, unbedingt gesicherten Gläubiger haben Opfer zu bringen. Die privaten Aktionäre, die zu Zuschüssen verpflichtet sind, nicht Berücksichtigt man ferner noch die Tatsache, daß bei der ungünstigen Standortlage die Eisenbetriebe ohne Ertragsausgleich durch Gruben kaum rentabel gestaltet werden können; so wird verständlich, daß die parlamentarischen Kontrollinstanzen auch gegenüber dem vom Reich grundsätzlich angenommenen Plan scharfe Bedenken hegen. Der Haushaltsausschuß des Reichstages hat nach eingehendsten Beratungen zum Ausdruck gebracht, daß er in dem vorliegenden Vorschlag der Reichsregierung noch keine ausreichende und keine dauernde Sanierung der oberschlesischen Wirtschaft sehen kann, daß dafür vielmehr nur die Möglichkeit in einer Zusammenfassung und engeren Verbindung der Gruben- und Eisenbetriebe gegeben ist. Er hat an die Regierung die Aufforderung gerichtet, eine derartige Lösung anzustreben.

Zwei Haifische

Der Streichholzkönig Ivar Kreuger hat sein Dasein durch einen Revolverschuß beendet. Man sagte, daß ihm das Geschäftemachen verleidet gewesen sei. Von Stockholm jedoch hört man jetzt, daß es mit dem Kreuger-Konzern äußerst windig stand, so daß ein offener Bankrott nicht umgangen werden konnte. Wenn es wirklich an dem sein sollte, und nichts spricht dagegen, dann ist zu verstehen, warum sich der Streichholzkönig so plötzlich mit Freund Hein verkrampfte. Die Welt hat, wirtschaftlich gesprochen, durch diesen Tod nichts verloren. Denn Kreuger hat nichts selbst geschafft; nichts zum Glücke der Menschheit beigetragen. Er hat nur das, was andre geschafft haben, verschoben und zusammengesoben; er hat aus der Not von Staaten und der ihrer Bürger weidlich goldige Münze für sich und sein Geschäft geschlagen.

Ivar Kreuger war keine Einzelpersone, sondern der Typ der Gilde der großen Profitgenossen. An solchen Typen haben wir auch in Deutschland keinen Mangel. Es sei nur an Hugo Stinnes erinnert. Beide, Stinnes wie Kreuger, bauten ihre Macht auf der Geldnot von Staaten auf. Stinnes' Aufstieg war die Zeit des finanziellen Abstiegs Deutschlands, das in der Inflationszeit verblutete, während Stinnes zu immer größerer Macht emporstieg. So gebärdete er sich als eine Macht, die dem Staat überlegen ist; so maßte er sich an, die Auslieferung der Eisenbahnen an das Privatkapital zu fordern.

Die Wirtschaftskrise machte der Wirtschaftsmacht beider Größen, Stinnes' wie Kreuger, ein Ende. Beim ersten war es die Stabilisierungskrise, die zum Bankrott einer Anzahl von auf Sand gegründeten Konzernen, darunter auch zum Zusammenbruch des Stinneskonzerns führte. Beim andern war es die Weltwirtschaftskrise, die die Effektenbörse in ein Trümmerfeld verwandelte. Die Kreditgrundlagen wurden zerstört,

Aus dem Inhalt

	Seite
Immer gegen den Faschismus — Steuergroschen für Pleiten — Zwei Haifische	85
Stand und Aussicht der Wirtschaft — Umriss eines Wirtschaftsplanes	86
Stahlbad Anno 17 — Die liebe Verwandtschaft Arbeiter-Aristokraten — Ein fachmännisches Urteil über die Gewerkschaftspresse	87
Ausschuffung des IGB in Bern — Das englische Pfund steigt — Brief aus Pommern-Oberschlesien	88
Die Berufsgliederung der Arbeitslosen — Schriftenschau	89

Stand und Aussicht der Wirtschaft

nachdem der Kurssturz die zur Sicherung der Kredite hinterlegten Wertpapiere entwertete. Die Gewinne aus Kreugers Unternehmen, weniger aus den Zündholzfabriken wie aus den neuerworbenen Betrieben und aus dem Geschäft mit Eisenerzen, gingen zurück und reichten nicht mehr aus, um die laufenden Verpflichtungen des Kreuger-Konzerns zu erfüllen, zumal die eigenen Forderungen vielfach eingefroren. Der gewaltige Grundstücksbesitz ist zur Zeit nicht verwertbar. In dieser Krise mußte Kreuger die bittere Erfahrung machen, daß das internationale Finanzkapital, das bisher sein gefügiges Werkzeug war, ihn in der Stunde der Not im Stich ließ. Als er die Kugel in seinen Kopf jagte, war er eine gefallene Größe.

Wollen wir die Bilanz dieser zwei Leben ziehen — wir können da nicht nur von Kreuger und Stinnes, sondern noch von so vielen anderen Standesgenossen dieser Männer reden —, so wird diese Bilanz wesentlich anders ausfallen, als sie in der Öffentlichkeit so häufig dargestellt wird. Die Bausteine im Leben dieser kapitalistischen Helden mögen von den Lobspendern richtig zusammengestellt sein. Bedeutende geschäftliche Fähigkeiten, gewaltige Energien, ungeheure Betriebsamkeit, Fleiß und Ausdauer, Bedürfnislosigkeit in der Lebensführung im Vergleich zu ihrem Rieseneinkommen — alle diese Eigenschaften mögen wirklich vorhanden gewesen sein. Dennoch blieben diese Leben in einem höheren Sinne leer.

Vor Jahresfrist etwa veröffentlichte der begabte russische Schriftsteller Ilja Ehrenburg einen merkwürdigen Roman unter dem Titel: Die heiligsten Güter, dessen Hauptpersonen die kapitalistischen Trustmagnaten, Rüstungsfabrikanten und andere Raubritter des Kapitals sind, unter welchen der soeben gestorbene Ivar Kreuger eine der Hauptfiguren ist. Seltsamerweise beschließt Kreuger im Roman gerade so wie in der Wirklichkeit durch Selbstmord sein Leben. Er muß sich töten, als ihm die ganze Leere seines Lebens gewahr wird, wie überhaupt die überspitzte Schilderung des Romans die Leere des Lebens der großen Häufische des Kapitalismus zeigen soll. Dieses Bild ist bei Ehrenburg allerdings verzerrt. Der Verfasser will uns glauben machen, jene innere Leere muß den kapitalistischen Machthaber schließlich in das Nichts treiben, in den Selbstmord oder zur Selbstvernichtung der Persönlichkeit in einem vertierten Dasein. Dieser Fall braucht aber nicht einzutreten. Vielmehr kann der Finanzkönig zeitlebens erfüllt sein von der Größe der Aufgabe, eine gewaltige persönliche Wirtschaftsmacht zu begründen. Zu einem Akt der Verzweiflung wird es bei ihm erst dann kommen, wenn sein Plan mißlingt, was nicht unbedingt der Fall sein muß.

Trotzdem ist jene innere Leere im Leben der Industriekönige vorhanden, jedoch in einem anderen, mehr symbolischen Sinn, der ihnen selbst nicht oder vielleicht nur in der Stunde ihres Todes bewußt wird. Was haben diese Menschen wirklich geleistet? Sie mögen sich der Täuschung gelegentlich hingeben: Wir haben unsere Verdienste, wir haben Produktivkräfte gefördert, Arbeitsmöglichkeiten geschaffen. Eine andere Stimme muß ihnen aber sagen, wie hohl ihre Ausreden sind. Diese Stimme muß sie fragen: Habt ihr um das Wohl des arbeitenden Volkes, das so schwer an Lasten und Leiden zu tragen hat, euch wirklich gekümmert? Habt ihr alles getan, um diese Lasten zu erleichtern, oder suchtet ihr nicht vielmehr den an sich so geringen sozialen Schutz, den die Arbeiterschaft sich erfochten hat, rückgängig zu machen? War euch die Wohlfahrt des arbeitenden Volkes wichtiger als eure eigene Macht und euer Vermögen? Wolltet ihr herrschen oder dienen, versklaven oder erheben? Habt ihr den Frieden gefördert oder als Lieferanten aus Menschenblut Gold gemacht?

Und so könnte man die Fragen noch fortsetzen und die kapitalistischen Finanz- und Industriekönige könnten vor dem Richterstuhl dieser Stimme zu ihrer Verteidigung nur das Eine antworten: Nicht wir sind schuld an all den Greueln, wir sind nur die Vertreter eines Wirtschaftssystems, das sie zwangsläufig aus sich hervortreibt. Da jedoch die Finanzkönige dieses System selbst verkörpern, da wir das kapitalistische System an ihren Gestalten in Reinkultur zu studieren vermögen, so ist es nicht verwunderlich, wenn wir das Unheil, das der Kapitalismus über die Menschen bringt, an ihrem Tun und Treiben messen.

Umriss eines Wirtschaftsplanes

Der AFA-Bund unterbreitet der Öffentlichkeit Material für ein Wirtschaftsprogramm der freien Gewerkschaften, das neben der aktuellen Frage der Arbeitsbeschaffung und der Hebung der Massenkaufkraft und neben Maßnahmen zur Bereinigung der Wirtschaft von ihren Krisenverlusten, die mit Hilfe weitgehender Reformen des Bank- und Kreditwesens, des Aktienrechts, der Bewirtschaftung von Betrieben in Industrie und Landwirtschaft erfolgen soll, den Aufbau einer Planwirtschaft umfaßt. Mit scharfen Zügen wird dort ein Wirtschaftsplan entworfen, nicht etwa als Wunschbild, sondern als dringende Aufgabe der Gegenwart, zu deren Lösung zwar politische Macht erforderlich ist, die aber durch den Zwang der Verhältnisse auch den Gegnern dieses Planes aufgedrängt werden dürfte.

Sozialisierung und Kontrolle sind die Grundpfeiler des Wirtschaftsplanes. Zur Sozialisierung reif sind die monopolisierten Grundstoffindustrien, die gesamten Versorgungsbetriebe, der gesamte Güterverkehr und Personentransport, endlich die privaten Monopole der Massenverbrauchsgegenstände (Treibstoffe, Zigaretten, Margarine-Industrie). Dreierlei Arten der Wirtschaftskontrolle sind im Wirtschaftsplan vorgesehen: Kontrolle der privaten Monopole durch ein Monopolamt, Kontrolle der Banken durch ein Bankamt und Kontrolle des Außenhandels. Diese Kontrollen sollen auf eine spätere Sozialisierung sowohl der monopolistischen Privatbetriebe wie auch der Banken und des Außenhandels gerichtet sein. Eine zentrale Planstelle soll die Zusammenfassung des Monopolamtes, des Bankamtes und der öffentlichen Wirtschaft sicherstellen. Die Planstelle hat einen über mehrere Jahre reichenden Plan für die öffentliche Wirtschaft zu entwerfen und die Kreditverteilung für die ganze Wirtschaft zu organisieren. Der Wirtschaftsplan und die übrigen Anordnungen des AFA-Bundes, die wichtige Bausteine zur Erneuerung und Umgestaltung der Wirtschaftsordnung darstellen, verdienen die größte Beachtung.

Haben wir bereits den Boden erreicht, oder geht es noch weiter in die Tiefe? Da muß zunächst festgestellt werden, daß irgendwelche greifbaren Anzeichen für eine Besserung der Wirtschaftslage nicht vorhanden sind. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen ist am letzten 29. Februar um 25,3 vH größer als am gleichen Stichtag des Vorjahres. Zwar hat sich in den letzten Monaten das Ansteigen der Arbeitslosigkeit verhältnismäßig nicht unbeträchtlich verlangsamt, es ist jedoch noch sehr fraglich, ob wir es hier mindestens mit einem Stillstand des wirtschaftlichen Niedergangs zu tun haben. Die Arbeitslosigkeit hat nämlich gegenwärtig solche Ausmaße erreicht, daß auch eine absolut große Zunahme sich relativ schwächer auswirkt.

Mit dem Monat März beginnt erfahrungsgemäß die Frühjahrsentlastung des Arbeitsmarktes. Nach der Voraussage des Instituts für Konjunkturforschung darf man bis zur Mitte des Jahres eine Verminderung der Arbeitslosigkeit um rund 1 bis 1½ Millionen erwarten, so daß wir dann etwa am 1. Juli mit einer Gesamtzahl der Arbeitslosen von 4½ bis 5 Millionen zu rechnen hätten. Natürlich bedeutet diese Entlastung an sich keine Konjunkturbesserung. Das ist nichts anderes als die gewöhnliche Saisonbelebung der Wirtschaft, die sich vor allem in dem Baugewerbe und den damit zusammenhängenden Berufszweigen auswirkt. Dieser ganz bestimmt zu erwartenden Saisonbelebung arbeitet jedoch eine leider fast mit ebensolcher Sicherheit vorausschauende Verschlechterung der Konjunktur entgegen.

Soviel über die Saisonbelebung. Was die Konjunktur-entwicklung in den nächsten Monaten betrifft, so ver spricht sie, wie schon bemerkt, nichts Erfreuliches. Außerordentlich wichtig ist die Tatsache, daß die Neuanlage von Kapital so gut wie aufgehört hat. Im Jahre 1928 sind noch für Neuanlagen 7,3 Milliarden Mark, 1930 jedoch bloß noch 2,8 bis 3 Milliarden ausgegeben worden. Für 1931 fehlen noch die Zahlen, der Rückgang ist aber zweifellos weiter fortgeschritten. Bezeichnend für die völlige Lahmlegung der Wirtschaft und insbesondere der Produktionsmittelindustrien ist der fast vollkommene Stillstand des Verbrauches des Eisens zu Anlagezwecken, der, nach den Schätzungen des I. f. K. im Jahre 1931 bloß 10 bis 15 vH desjenigen von 1927 betrug. Ebenso bezeichnend ist der Rückgang des Maschinenverbrauchs der deutschen Wirtschaft, der 1928 3 Milliarden, 1931 bloß noch 1,5 Milliarden Mark betragen hat.

Mit diesen Angaben ist die Lage der Produktionsmittelindustrien genügend gekennzeichnet. Was die Verbrauchsgüterindustrien anbetrifft, das heißt jener Industrien, die für den unmittelbaren Verbrauch der großen Masse produzieren, so wird ihre Lage durch zwei Dinge gekennzeichnet. Einerseits kann man nicht einen solchen Verfall der Verbrauchsgüterindustrien beobachten, wie wir ihn bei den Produktionsmittelindustrien sehen. Man denke an den jüngst angekündigten Abbau bei der A. E. G. Die Massen des Volkes müssen sich eben trotz der schwersten Krise notdürftig ernähren und kleiden. Andererseits ist der Ausfall am gesamten Volkseinkommen und ganz besonders an dem Arbeitseinkommen infolge der Krise ein ganz gewaltiger.

Das Volkseinkommen hat im Jahre 1929 nach einer amtlichen Schätzung 76 Milliarden, im Jahre 1931 jedoch nur 50 bis 60 Milliarden Mark betragen. Hier handelt es sich also um einen Ausfall in Höhe von 20 bis 35 vH. Das Arbeitseinkommen aber, das heißt das Einkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten ist jedoch vom 1. Vierteljahr 1930 bis zum 1. Vierteljahr 1931 um rund 25 vH gefallen, wobei die Industriearbeiterschaft am meisten von diesem Einkommensausfall betroffen ist.

Vom 4. Vierteljahr 1930 bis zum 4. Vierteljahr 1931 ist das Einkommen der Industriearbeiterschaft um 25 vH, jenes der Angestellten um 10 vH und jenes der Beamten um 12 vH gefallen. Man braucht sich bloß diese Zahlen vor Augen zu halten, um zu erkennen, wo die wichtigsten Krisenherde stecken. Solange diese Minderung des Arbeitseinkommens, das ja den wichtigsten Teil des Volkseinkommens darstellt, sich fortsetzt, ist an eine Besserung der Lage der Verbrauchsgüterindustrien nicht zu denken.

Die trostlose Lage auf den Innenmärkten zwingt vor allem die deutschen Produktionsmittelindustrien zu einer Entlastung auf den Außenmärkten. Zur Kennzeichnung der Lage in dieser Hinsicht genügt der Hinweis, daß im 2. Halbjahr 1931 die deutsche Maschinenindustrie 58 bis 60 vH ihrer Produktion ausgeführt hat. Von den 400 000 Arbeitern dieser Industrie arbeiten heute 240 000 unmittelbar für die Ausfuhr. Eine ähnliche Lage ergibt sich auch für die eisenverarbeitende Industrie, was ja ohne weiteres durch die trostlose Lage für die Neuanlagen im Inlande sich erklärt. Die deutsche Industrie führt einen erbitterten Kampf um die Außenmärkte, und nicht ohne Erfolg. Aber diese Erfolge auf den Außenmärkten werden je weiter desto mehr zu teuer erkaufte. Zum großen Teil wird ja die heute in den Unternehmerkreisen so beliebte Politik der Senkung der Selbstkosten, die bekanntlich bloß eine Politik der Lohnsenkung ist, durch die Notwendigkeiten des Konkurrenzkampfes auf den Außenmärkten begründet. Diese internationale Schleuderkonkurrenz wird aber schon heute durch die gegenseitige Absperrung der Wirtschaftsgebiete unmöglich gemacht. Der deutsche Außenhandel, der den einzigen großen Aktivposten der Zahlungsbilanz darstellt, spürt bereits die Folgen dieser selbstmörderischen Wirtschaftspolitik in schmerzlicher Weise. Der Ausfuhrüberschuß vermindert sich in rascher und anscheinend unaufhaltsamer Weise. Er hat noch im Oktober 1931 396 Millionen, November 264 Millionen, Dezember 247 Millionen, Januar 1932 102 Millionen und Februar nur noch 97 Millionen Mark betragen.

Für die Konjunkturpolitik ergibt sich aus dieser Lage in zwingender Weise zunächst die Notwendigkeit eines aktiven und nicht mehr zu verschiebenden Eingriffes auf dem Gebiete der Frühjahrsentlastung des Arbeitsmarktes. Das gewerkschaftliche und jedes andere Programm der Arbeitsbeschaffung muß hier in erster Linie eingesetzt werden. Diese Frühjahrsentlastung des Arbeitsmarktes, die planmäßig organisiert werden muß, wird durch die Erhöhung des Arbeitseinkommens zunächst auf die Verbrauchsgüterindustrien belebend wirken, in zweiter Linie auch auf die Produktionsmittelindustrien. Gregor Bienstock.

Der „Zuchtwart“ und die deutschen Mädchen

Die Rassetheoretiker der Nationalsozialisten sind eifrig bemüht, diese ernste Zeit mit etwas Humor auszufüllen. Beim Studium der zu dieser Frage hervorgebrachten Literatur erhält man ein Bild davon, wie es ungefähr im Dritten Reich aussehen soll. Ein neues Werk: „Neuadel aus Blut und Boden“ ist im völkischen Lehmann-Verlag, München, erschienen. Der Verfasser, Walther Darré, ein geborener Argentinier (die Führer der Völkischen scheinen sich zum größten Teil aus Ausländern zusammensetzen), will einen neuen Adel schaffen. Deshalb schlägt er vor, sogenannte Heghöfe einzurichten, die mindestens die Größe einer mittleren Gutswirtschaft haben sollen und an bodenverwuzelte Bauern- und Gutsbesitzergeschlechter vergeben werden sollen. Die Besitzer solcher Heghöfe sollen den Titel Edelmann erhalten. Man würde also sagen können: „Adolf Wenck, Edelmann auf Heghof Fickelberg“ usw.

Die Suche nach der Edelraute macht dem Herrn einige Schwierigkeiten. Doch löst er auch dieses Problem. Alle deutschen Mädchen werden in vier Klassen geteilt. In der ersten Klasse befinden sich diejenigen, „deren Verheiratung in jeder Beziehung wünschenswert erscheint“. Diese Gruppe umfaßt leider nur etwa 10 vH. In der zweiten Klasse werden diejenigen Mädchen zusammengefaßt, deren Nachkommenschaft keinerlei grundsätzliche Bedenken entgegensteht. Die dritte Gruppe der Mädchen darf zwar heiraten, aber ihr „erbwertlicher Zustand“ ist nicht danach, daß sie Nachkommen hinterlassen, weshalb sie sterilisiert werden sollen. Die vierte Klasse der Mädchen umfaßt die letzte Stufe der „Minderwertigen“ einschließlich aller unehelichen Kinder. Diese vierte Gruppe der Mädchen soll sich weder verheiraten, noch Nachkommen zeugen dürfen.

Der Heghof-Edelmann darf sich nur Mädchen aus der ersten Klasse wählen und bedingt auch aus der zweiten Klasse. Die Mädchen der dritten und vierten Klasse „kommen für eine Heghofehe nicht in Frage“. Um dies alles regeln zu können, schlägt Darré eine neue Behörde unter dem Titel „Zuchtwart“ vor. Diese neue Behörde unterschreibt dieses Rassegenie folgendermaßen:

„Die Zuchtwarte hätten ein von Staats wegen besoldeter Stand zu sein, mit Reichs-Hauptstelle, Länderstellen und örtlichen Unterstellen. Sie müssen in der Lage sein, über jeden einzelnen des deutschen Volkes in einem Stammbuch genau Buch zu führen. Jedes Neugeborene erhält durch das Standesamt oder den auf dem Standesamt arbeitenden örtlichen Zuchtwart eine Art von Stammbuch eingerichtet, mit Jahreszahl, laufender Nummer usw. Krankheiten, gerichtliche Strafen, Schule, sonstige Ausbildung werden in das Stammbuch eingetragen. Der einzelne Deutsche braucht diese peinlich genaue Aktenführung über sich gar nicht zu merken. Will ein Deutscher heiraten, so ließe sich auf seinen Antrag hin alles weitere von Zuchtwart zu Zuchtwart regeln.“

Eigentlich müßte es genügen, solche Phantasien der Lächerlichkeit preiszugeben. Das Buch ist nicht etwa eine humoristische Narrheit, sondern findet bei den Nazis ernste Beachtung.

Preisbewegung am deutschen Binnenmarkt

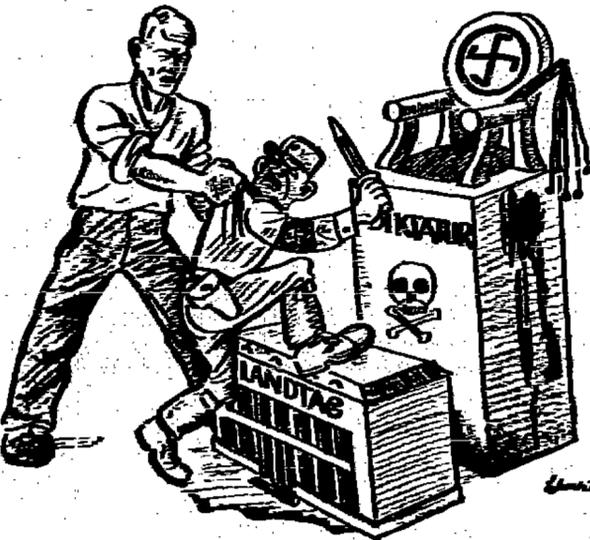
Soweit die Großhandelsindexziffer in Frage kommt, bewegt sie sich seit Anfang dieses Jahres um 100 herum, ist also so hoch wie in der Vorkriegszeit. Seitdem steigen die landwirtschaftlichen Erzeugnisse teilweise sehr stark. Dies ist im wesentlichen auf die Zollpolitik zurückzuführen. Die Industriestoffe sind eher noch weiter abwärts gerichtet. Doch scheint auch hier eine gewisse Stabilität eingetreten zu sein. Die Entwicklung des Index der Preise industrieller Rohstoffe und Halbwaren geht aus nachstehender Zusammenstellung hervor:

Zeit	inlands-	auslands-	gebundene	freie
	bestimmte	bestimmte		
	Preise	Preise	Preise	Preise
	1913 = 100		1926 = 100	
1931 Juli	117,1	79,3	93,8	62,0
Dezember	112,7	68,8	89,8	54,0
1932 Januar	106,6	67,7	84,4	51,2
Februar	105,6	66,5	84,2	50,5
Mitte März	105,3	65,5	84,1	50,0

An dieser Tabelle ist lehrreich, daß die inlands bestimmten Preise für Rohstoffe und Halbwaren noch immer über dem Vorkriegsstand liegen und auch seit Mitte vorigen Jahres weniger gesunken sind als die auslandsbestimmten Preise. Das gleiche gilt für die gebundenen und freien Preise. Preisrückgänge nennenswerter Art sind wohl nicht mehr zu erwarten. Es scheint eine Stabilisierung einzutreten.

Opel vollständig im Besitz der General Motors Co.

Aus New York kommt die Meldung, daß die General Motors Corporation die restlichen 20 vH des Aktienkapitals der Opelwerke erworben hat. Die Familie Opel hat im Austausch dafür Aktien der General Motors erhalten. Im letzten Jahresbericht der General Motors wurden die Investitionen bei Opel mit 34,7 Millionen Dollar angegeben, gegenüber 26 Millionen Dollar im Jahre 1930.



Stahlbad Anno 17

Kriegsroman von Peter Riss

Copyright 1930 by Fackelreiter-Verlag GmbH, Hamburg-Bergedorf

„Marsch, marsch!“ Wir rennen keuchend einige Meter, Staub und Sand hüllt alles ein.

„Hinlegen!“ Adolfs Länge immer zwischen uns. Sein fetter Hals quillt über den engen Kragen krebsrot heraus. Er grinst anhaltend. Oh! Er hält es schon aus, er hat bestimmt keinen Hunger. Die Bauern spicken ihn. Sie wissen, er dankt es ihnen, wie jetzt wieder. Sie stehen schon weit hinter uns. Die Gewehre durften sie zusammenstellen. Die Hunde, sie schauen uns nach mit ihren dicken Schädeln und feixen. Jetzt singen sie gar, während wir geschliffen werden:

„Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen, sterben als ein tapf'rer He—he—he—eld——“ Ja, wenn wir nur auch gesungen hätten!

„Ihr Meuterer!“ knirscht Adolf zwischen uns. „Kipp' nich aus die Latschen“, lächelt Güttler, der Weber aus dem Erzgebirge, neben mir, während wir weiterrennen und auf den nächsten Befehl horchen. Jetzt beginnt der Teil des Schleifsteines mit den harten, scharfkantigen Schlacken, von denen einige groß wie Kinderköpfe sind. Soweit hat er uns gejagt. Oh, der Schinder weiß, was er will. „Hinlegen!“ Ich weiche in letzter Sekunde einer der großen Schlacken aus, um nicht darauf zu prallen und haue Preuß, der hinter mir rennt, mit den Quanten an den Kopf, daß ihm der Helm forttrudeit. Ich schnappe ihn schnell, krieche etwas zurück und reiche ihm den Helm. Während er ihn hastig aufstülpt, lacht er leise und zwinkert mir mit den Augen zu. Ich möchte ihm die Hand drücken. Es strömt von ihm zu mir und erfüllt mich mit neuen Kräften. Er ist auch unser Abgott. Seine Korporalschaft weicht nicht von ihm, dicht liegen sie alle bei ihm. Mit dem ins Feld!

Das sind alles Gedanken einiger Sekunden.

„Auf, Marsch, marsch!“ — weiter über die knirschenden Schlacken. In den rechten, viel zu weiten Langschäfter ist mir ein Stein gerutscht bis unter die Sohle. Es schmerzt und sticht gräßlich, aber ich darf den Stiefel nicht ausziehen. Also humple ich mit. Jetzt sehe ich erst, daß Preuß' Gesicht von meinem Aufprall vorhin rechts zerschrammt ist. Ein breiter, rotblauer Striemen läuft über die Wange, mit Staub und Dreck bedeckt. Es muß sehr schmerzen; denn er wischt einige Male im Laufem mit dem Ärmel seines Rockes darüber hin. Aber er sagt nichts. Das ist kein Unteroffizier, das ist ein Grenadier wie wir hier, ein getretenes Tier wie wir — ein Kamerad wie Kilb, Minulla und die anderen alle.

Mit einem Male steigt eine heiße Wut in meine Schläfen. Kilbs Worte von vorhin fallen mir ein: „Feiglinge seid ihr alle. Wenn wir uns einig wären! Oha!“ Ja, wenn wir uns einig wären!

Ja, warum ist nicht einer zwischen uns, der ruft: „Auf, marsch, marsch! Auf den Schinder!“ Aber nicht nur hier — dann überall: bei den Maikäfem, den Alexandern, den Kronesseln — bei allen Regimentern, Bataillonen, Kompagnien, Korporalschaften der ganzen Erde. Dann überall los auf die verfluchten Schinder, die verkörpert sind durch diesen einen hier —

„Hinlegen! Auf, marsch, marsch! Hinlegen! Auf! Hinlegen! Auf!“

Das ist keine Übung mehr nach dem Exerzierreglement, erdacht zu unserer Vorbereitung und zu unserem Schutze für das Gefecht an einer Front. — das hier ist der Ausdruck einer Freude am Quälen schwacher und willensberaubter Menschen, die gehorchen müssen, weil sie sonst hinter eiserne Gitter bei Wasser und Brot kommen, weil sie sonst als Verbrecher geächtet werden.

Wohl zum dreißigsten, vierzigsten, fünfzigsten Male werfen wir uns auf die spitzen Schlacken. Die Hände bluten, die Schenkelbeine sind zerschrammt, an den Armen habe ich Hautabschürfungen. Die Lumpen reißen auf und müssen morgen zum Appell wieder heil sein. Die Sonne macht den aufgewirbelten Dreck glühend, die Schlacken sind heiß. Der Schweiß frißt sich in die Wunden ein, die Uniform klebt am keuchenden Leibe, alles ist verrutscht. Wir stolpern über Seitengewehre, Spaten und die Beine der Kameraden. Wir fluchen und knirschen mit den Zähnen und hassen, hassen allmählich alles: die Schlacken, die Sonne, die Klamotten, — dann schon die eigenen, unglücklichen Kameraden, — alles, alles — wir werden blind vor Wut. Es sprüht, und es dreht sich wie ganz zuletzt mündet der Haß in dem großen, zähnebleckenden Maul des Schinders.

„Auf! Alles zurück, marsch, marsch!“

Bei „marsch, marsch“ krabbeln wir mühsam auf allen Vieren wie verreckende Katzen auf die Beine: linker Arm — rechtes Bein — ich knicke wieder ein. Es geht — nicht — mehr — — „Auf, marsch, marsch!“ Er tobt zwischen uns, tritt mit den Stiefelspitzen nach den kriechenden Leibern der Gequälten.

Langers sonst so blaues Gesicht taucht plötzlich neben mir auf: es ist blaurot und verquollen. Er schluckt und jappt und taumelt und fällt wieder, er kriecht vor den Beinen des Schinders wieder hoch und rennt weiter. Mein rechter Fuß ist ein stechender Schmerz. Ich humple zwei, drei Schritte nur auf dem linken, denn ich kann nicht mehr auftreten.

„Hinlegen!“ Wir liegen fast besinnungslos. Tiemann vor mir rennt weißer Speichel aus den Mundwinkeln.

„Auf, marsch, marsch!“

Nur der kleine Adamczik klettert hoch und sieht sich mit heißen Augen um. Wir anderen liegen und keuchen, — da läßt er sich auch wieder fallen.

„Auf, Marsch, marsch! ist befohlen!“ schreit der Schinder.

„Auf, Auf! Auf! Los, los, los!“ Er kann nichts mehr erreichen, vorläufig nicht. Wir liegen platt. Pfeifend geht der Atem, die Köpfe liegen schief wie im Schlaf, viele haben die Augen geschlossen. Wir — können — nicht — mehr. — Aber der Schinder kann noch! Er weiß was er will. — das Schlimmste hat er sich aufgespart. Er geht zwischen den zuckenden und keuchenden Leibern:

„Weil ihr nicht gesungen habt!“ und dann wieder und wieder gellend:

„Auf, marsch, marsch. In die Grube, marsch, marsch!“ bis wir einer nach dem anderen wieder hoch und auf die Grube, das stinkende, große Loch zustolpern, in das wir hineinfallen wie auf faulendes Fleisch, und dann darin liegen und der giftige Brodem sich schwer auf die Lungen legt. Und am Rande der Grube, der höhnisch grinst:

„Zuschütten müßte man euch! Ihr Schweinehunde!“

Haß und Hunger sind die unsichtbaren Führer unserer Kompagnie, die unerbittlichen, die in unseren Tornistern hocken, in unseren Gewehrläufen nisten, unter unseren Helmen brüten.

Wir schleichen wie Gefangene, die schwere eiserne Ketten an Händen und Füßen tragen. Die Kehlen sind wie ausgebrannt. Wir denken nur an die Wasserleitung in der Kaserne. Wir sind so zerschlagen und abgestumpft, daß selbst unsere Wut gestorben ist. So ziehen wir wie abgearbeitete Tiere durch die letzte lange Straße der Kaserne zu.

„Wie in der Fremdenlegion!“ ruft Bumann . . .

Die roten Mauern grüßen von der noch fernen Ecke her, wir lieben sie in diesem Augenblick, denn sie werden uns wieder für kurze Zeit aufnehmen und verschwinden lassen, und wir werden vielleicht sogar etwas verschlafen können. Die Augen brennen, die Halsschlagadern treten dick über den Uniformkragen hervor: Wir sind voller Schmutz und Schrammen, und dünne Schweißbäcklein ziehen glatte Rinnen durch den Staub auf unseren Gesichtern.



„Zuschütten müßte man euch! Ihr Schweinehunde!“

Manchmal flucht einer, es wird nur wenig gesprochen, nur die Bauern schwatzen und fühlen sich uns gegenüber hoch erhaben. Wir werden ihnen den heutigen Tag nicht vergessen, wir werden es ihnen mal eintränken.

„Adolf“ ist dauernd vorne. Er hat ausgetobt und läßt uns jetzt in Ruhe. Wir dürfen sogar den Helm abnehmen und den Rockkragen öffnen. Aber er hat in uns unauslöschlichen Haß geweckt.

Die liebe Verwandtschaft

Die Erbtante ist gestorben. Tränenschimmernden Auges steht die liebe Verwandtschaft herum und zählt verstoßen die Stunden bis zur Testamentseröffnung. Schleier wallen. Kränze häufen sich; jeder Anverwandte will sich als der schon immer treu Gewesene bei Verteilung des Erbteils sichtbarlich vor aller Augen erwiesen haben. Wehe, wenn die Tote anders bestimmte, als es die Sippschaft erhofft. Wehe, wenn die teuren Blutsverwandten zusehen müssen, wie etwa „Wildfremde“ sich das Hinterlassene teilen. Ach, und was hatten sie der Toten Gutes und Liebes angetan Zeit ihres Lebens . . . ! So eine Erbtante, die muß man sich doch warmhalten, nicht wahr?

Kinder werden zu besonderer Artigkeit gegen die kostbare Tante angehalten, und wenn man sich — auch vor den Kindern — ganz ungezwungen den baldigen Abgang der Gesegneten wünscht.

Gewiß gibt es auch Verwandte, die ihren minderbemittelten Nichten und Neffen „mit warmer Hand“ etwas von ihren Erdschätzen geben, zur Ausbildung etwa. Solche Verwandtenhilfe kommt jedoch mitunter auf merkwürdigste Art zustande. Mit der Selbstlosigkeit ist es gewöhnlich nicht weit her. Als mindeste Gegenleistung wird verlangt, daß der Beschenkte sich nun aber ja auch würdig erweise: Daß Du mir keine Schande machst!

In den Familien, die über mehrstellige Bankguthaben verfügen, besteht ein Familienrat, der über Wohl und Wehe sämtlicher Nichten und Neffen entscheidet. Hier werden Ehen geschlossen und schwarze Schafe ausgesondert. Denn zu Geld darf nur wiederum Geld kommen, und mit Geld können alle Flecken auf der Familienehre ausgeradiert werden. Die Verwandtschaft begutachtet, sie verdammt, sie baut Barrikaden, je nachdem. Sie ist das dunkle Ungewisse, in das jeder blindlings hineintappen muß, der in die Familie hineinheiratet. Man heiratet die Familie einfach mit. Sie findet jedes Stäubchen auf der Weste. Sie hört das Gras wachsen. Sie hat immer schon alles vorher gewußt und sie sieht dies und das mit tödlicher Sicherheit schon kommen. Da ist der Vetter deines Vaters; dessen Tochter ist die berühmte, — ach Sie wissen schon. Diese „Kloß von sieben Morgen“ wird nun als berühmte Verwandte an allen Familientischen herumgereicht. Man ist ja mit ihr „verwandt“. Man hat ein „Recht“ auf sie. Aber wehe dem Außenseiter!

Bei uns Proletariern tritt zwar kein Familienrat in Erscheinung. Geld und Geldeswert gibt es kaum. Irdische Schätze spielen nicht mit, wenn es sich um die Aufnahme eines neuen Verwandten in den Familienkreis handelt. Trotzdem spielt die Verwandtschaft bei uns eine erhebliche Rolle. Die Verwandten sitzen sich bei den gegenwärtigen Wohnungsverhältnissen allzudicht auf den Hacken. Kochtopf, Bett und Kinderwäsche bilden den im wahrsten Sinne des Wortes reizvollen Gegenstand zu Rechthabereien, zu Zank und Tratsch. Das Beieinanderhausen schafft viele Möglichkeiten, die vermeintlichen Ansprüche auf verwandtschaftliche Einspruchsrechte geltend zu machen.

Vor allem sind es die weiblichen Verwandten, die sich leicht in die Haare geraten. Der Käfig ihres Hauswesens hat eben auch den Gesichtskreis verengt und die eingespernten Gedanken stürzen sich auf das Zunächstsitzende. Und da Mietskasernenluft und wirtschaftlicher Druck der beste Boden sind für menschliche Niederträchtigkeit, so wächst hier, genährt von der fortwährenden Anwesenheit vieler Menschen, der Klatsch.

Der proletarische Mann hat schon viel länger seine Geisteskräfte nach außen, in die politische Bewegung, abgeleitet. Die Frau aber sitzt eingepfercht. Ihre Kräfte müssen irgendwo raus. Die Verwandtschaft ist der Prell-

Kilb ist ausnahmsweise wieder gesprächig geworden. Er ergeht sich in glühenden Bildern des Hasses und erdenkt sich die ärgsten Qualen für den Schinder. Er ist todernst bei seinem Grübeln. Ein seltsamer Soldat. Eine finstere Entschlossenheit prägt sich in seinem Gesicht aus. „Adolf“ soll sich nur in acht nehmen vor ihm.

Ich denke daran, daß, als der Krieg begann, wir alle noch Konfirmanden waren, und daß wir auch jetzt noch eigentlich alle nicht viel mehr als Konfirmanden sind, und wenn wir jetzt alle statt der Uniform blaue Konfirmandenanzüge tragen würden, jeder ein Gesangbuch statt eines Gewehres in der Hand und Maiglöckchen auf der Brust statt drückender Tornisterriemen, die uns die Luft abschneiden, statt verfaulten Schweißstrümpfe . . .

Unteroffizier Preuß geht seit einigen Minuten dicht neben Langer. Der ist total fertig. Minulla trägt sein Gewehr mit und Langer hat so beide Hände frei und klemmt sie unter die Tornisterriemen, zieht bei jedem Schritt daran und röhelt wie der alte Hund des Milchmannes bei uns zu Haus vor dem Milchkarren: rrrhä, rrrhä, rrrhä, phh, phh, phh, — — phh — — Preuß, der selbst wie ein Zementsack aussieht, und dessen rechte Wange schon dick ist von meinem unvorsichtigen Tritt, hält seinen rechten Arm dauernd unter Langers Affen und hebt diesen ruckweise hoch, damit Langer überhaupt weiter kann und nicht umfällt.

„Feiner Kerl“, ruft plötzlich Adamczik und gleich hinterher: „Krank melden nachher, Heini!“

Er ist es auch, der uns fünfzig Meter vor dem Kasernentor ein klein wenig in Schwung bringt. Er singt, aber jetzt aus irgend einer rechten Stimmung heraus, und fünf, sechs, auch ich, fallen ein:

„In dem Wasser schwimmt ein Fischlein,
das ist glücklicher als ich.
Glücklich ist, wer das vergißt,
was einmal nicht zu ändern ist!“

Diese Strophe singen wir alle gern, sie überdeckt wie ein Zaubermantel unsere Leiden, unseren Hunger, unsere Trostlosigkeit und unsere geheimen Gedanken an die nächste Zukunft und den Tod, den man „Heldentod“ nennt.

Langer singt nicht mit, er kann kaum noch atmen; alles, was er in diesem Augenblicke kann, ist, daß ihm die Tränen auf die eingefallene Brust kollern. Er weint, denn er weiß, daß „Adolf“ seinen Namen im Buche hat und daß nach diesem furchtbaren Vormittage für ihn nach dem Mittagessen die schwerste Stunde kommen wird, von der ihn auch der Unteroffizier Preuß, der jetzt fast seinen Affen alleine trägt, retten kann, von der ihn kein Gott und kein Gebet, überhaupt nichts bewahren kann, weil er nur ein armer, von allen Menschen verlassener, hilfloser, schwindsüchtiger Grenadier der kaiserlichen Armee ist.

(Wird fortgesetzt.)

bock, der Blitzableiter, eine Auslösungsstation für unverbrauchte Geisteskräfte, für verhindertes gesellschaftliches, also für soziales Handeln.

Eine versteckte Ursache zu diesen kleinlichen Streitigkeiten liegt im gesetzlich verbrieften Erbrecht, das in seiner Wurzel kapitalistisch ist. Das kommt bei Familienstreitigkeiten nicht etwa so zum Ausdruck, daß man die zuständigen Paragraphen anführt, Unsere Vorkriegsschule sorgte schon dafür, daß wir nicht allzuviel von diesen Dingen erfuhren. Wir sind jedoch durch Sitte und Lebensgewohnheiten in diese Rechtsauffassung hineinerzogen worden. So werden denn ganz selbstverständlich auch die verwandtschaftlichen Hoheitsrechte als gegeben hingenommen wie etwa die elterliche Gewalt. Die Jungen lehnen sich noch auf; werden sie selber älter, so vergessen sie die natürliche Widersetzlichkeit und muten ihren Kindern und Enkeln zu, was sie selber einstmals abgelehnt.

Freilich geraten auch gleichaltrige Verwandte aneinander. Wären diese Menschen nicht zufällig miteinander verschwägert und zwänge sie nicht die wirtschaftliche Not: sie säßen sicherlich nicht so dicht beieinander. So peinigen sie sich, weil sie nicht zusammenpassen. Sie reißen an den unerwünschten Ketten und tun sich bitter dabei weh.

Die Blutsbande werden allzusehr überschätzt. Die Wahlverwandtschaft steht auf einer anderen Grundlage; hier ist die geistige Übereinstimmung Vorbedingung, das Verhältnis ist ein freiwilliges, ohne gesetzliche Erb- und Rechtsfolgen. So kommt es denn auch ganz natürlich, daß mancher sich mit Wildfremden besser versteht als mit der Blutsverwandtschaft. Aber die Wildfremden machen es einen nicht zum Vorwurf, daß man einstmals in Windeln gelegen hat und Kinderschuhe trug.

Schwer ist es, sich aus der Zwangsjacke der Verwandtschaft zu lösen. Wo eine räumliche Trennung nicht möglich ist, kann alles Jammern nichts nützen. Wir müssen dann eben versuchen, so gut wie möglich miteinander auszukommen. Lassen wir die Mücke ruhig Mücke sein; machen wir nicht jedesmal einen Elefanten daraus.

In der neuen Gesellschaft, an deren Aufbau wir arbeiten, wird die Verwandtschaft eine bessere Rolle spielen. Heute ist sie nichts als ein Zerrbild menschlicher Verbundenheit. Von Tag zu Tag mehr wird die Familie des Proletariats zerstört von der irrsinnigen Wirtschaftspolitik des Besitzbürgertums. Aber sie können den Glauben in uns an die brüderliche Verbundenheit aller Arbeiter nicht zerstören. Es ist einer der armseligsten Gedanken, der jemals ausgeheckt wurde: daß der Sozialismus die Familie zerstöre. Wenn wir nur alle Hand anlegen wollten, auch in der eigenen Familie, die Gedanken des Sozialismus zu verankern: die Zeit wird dann nicht mehr allzufern sein, in der es keine vereinsamten alten Eltern mehr gibt, in der kein Sohn mehr verstoßen wird und keine Tochter „verloren“ geht.

Hildegard K.

Er weiß genug

„Weißt du genug, um mich in meinem Geschäft zufriedenzustellen, mein Junge?“
„Ja, Herr, ich mußte meine letzte Stelle verlassen, weil der Chef meinte, daß ich zuviel wußte.“

Im Gefängnis

Pfarrer zum Sträfling: Wäre es nicht gescheiter, Sie hätten ihr Talent besser verwendet, anstatt Schuhe zu stehlen?
Sträfling: Das nächste Mal werde ich es in einer Bank versuchen.



Verbandsleben



Arbeiter-Aristokraten

In seinem Aufsatz „Zurück zur Gewerkschaft“ sagt Kollege J. in Nr. 4 der MZ: „Der gewaltige RiB entspringt der Herausschälung einer Arbeiter-Aristokratie.“ Dieser Satz ist als ablehnende Kritik zu bewerten.

Die Formulierung Arbeiter-Aristokraten ist dem kommunistischen Sprachschatz entnommen. Mit diesen sinnlosen Wortspielen wird das gefährliche Spiel „Teile und herrsche“ in der organisierten Arbeiterschaft eingeleitet. Die Kommunisten sagen Bonzenwirtschaft und meinen die sich sammelnde Intelligenz in unserer Bewegung. Sie erkennen klar den Punkt ihrer Mißerfolge in dem Vorhandensein einer gesunden, durch keine Teddy-Bazillen angekränkelten Kollegenschicht. Diese von den schwankenden Elementen zu trennen, gelingt ihnen nur durch Untergrabung des Ansehens.

So ist die Einteilung in Proleten und Aristokraten in unsere Reihen eingeschmuggelt. Leider haben wir diese Gedankengänge aufgenommen und uns damit einen Krebschaden aufgebürdet, den abzustoßen wir uns beflößigen müssen.

Durch das Vertretersystem, das ohne Zweifel viele Vorteile hat, wird die Kritik der Masse verkrüppelt. Der Geschäftsführer lebt in der Rolle eines Ministers mit seinem Staatsrat. Diese Stellung isoliert ihn und schafft Schranken. Die so wertvolle Tuchfühlung droht verloren zu gehen. Ein kleines Beispiel: Ein langjähriger amtlicher Funktionär, der in seinen Beruf zurückgegangen, ist vor drei Jahren zum DMV gekommen. Bestrebt, seine umfassenden Kenntnisse der Bewegung ehrenamtlich zur Verfügung zu stellen, wendet er sich an die Ortsverwaltung. Nach Einreichung eines Lebenslaufes wird ihm im Vorbeigehen vom Geschäftsführer erklärt: „Sehr interessant, dein Schreiben, aber es steht ja jedem Kollegen frei, bei uns mitzuarbeiten.“

Es wäre Aufgabe des Bevollmächtigten gewesen, sich mit dem Kollegen auszusprechen und ihn an geeigneter Stelle nutzbar für unsere Bewegung einzusetzen.

Diese, für die Gesamtbewegung belanglosen Mißlichkeiten sind eine indirekte Hilfe für die Mißtrauensaat. Dieser Mangel an Föhlung mit dem einfachen Mitglied ist eine Gefahr. Ich zeige hier Stückchen oft geschauter Kurzsichtigkeit. Die Art aber ist symptomatisch geworden, und hier liegt der RiB. Dennoch wäre es durchaus falsch, diese Mängel als Beweiskraft einer falsch gesehene vorhandenen Arbeiter-Aristokratie heranzuziehen. Zumal der Begriff Arbeiter-Aristokratie völlig falsch begründet wird. Unter Aristokraten verstand man einst die Blüte der Nation. Und Aristokraten wird es zu allen Zeiten geben. Nicht die Geburtsaristokratie, die ist bereits senil. Die Aristokratie des Geistes. Einer der größten Geiste und bestimmt kein Monarchist, Sokrates, bezeichnete sich stets als Aristokrat. In diesem Sinne sollen wir die Entwicklung einer Arbeiter-Aristokratie begrüßen. Denn diese Schicht ist gemeint von den Kommunisten; die Bildung einer derartigen Schicht gibt dem hohlen Phrasenbau unserer Sowjetbrüder den Todesstoß.

Begünstigen wir diese Entwicklung und verfolgen wir mit Stolz das Streben derer, die ihre ganze freie Zeit und ihre Kraft verwenden zur Weiterarbeit an sich selbst. Die mit einem unbeugsamen Willen an sich selbst arbeiten, um Persönlichkeiten zu werden. Die unermüdet ihr Wissen bereichern für die Arbeiterbewegung, das heißt für uns und unsere Kinder. Sie sind die Schicht, die berufen ist, einst die Führer zu stellen.

Verkennen wir nicht die Anzeichen der Entwicklung der Zukunft. Wir werden verwiesen auf den Kampf mit den Waffen des Geistes. Die Faust tritt in unseren Wirtschaftskämpfen immer stärker in den Hintergrund. Heranzüchtung einer Führerschicht ist allerdings nur bedingt möglich. Führer werden geboren, wir können ihnen nur die Möglichkeit einer umfassenden Wissensvermittlung geben. Der DMV leistet seinen Teil durch Schulung. Regt sich aber in unseren Jungen der Wille zum Mittun, dann wirft Kurzsichtigkeit vieler alter Kollegen Knüppel und verkümmert aufstrebendes Wollen. Zumeist aber haben unsere Gegner schnell die Gefahr des Kommenden erkannt, und sie geben das Stichwort: Arbeiter-Aristokrat.

Jawohl, Arbeiter-Aristokrat. Entkleidet dies Wort seiner Schimpflichkeit, erhebt es zu einem Ehrennamen. Die Kollegen, die damit belegt werden, sind zumeist die besten von uns, damit die gefährlichsten für unsere Gegner. Seid nicht so blind und bietet unseren Gegnern Hilfsstellung. Erhebt keinen Widerspruch gegen unsere Suchenden und Wollenden, gegen unsere strebenden Jungen.

Die KPD hat keine Arbeiter-Aristokratie, weil sie keine Tradition hat. Der intelligente Kollege erkennt bei der Kommunisten nur zu schnell die Kraftverschwendung und damit den Diebstahl an der Zukunft des Proletariats. Er verläßt die Simuloseigkeit, und was bleibt ist bringe Masse. Wie froh aber wäre man in der KPD, könnte der Welt eine Schicht präsentiert werden, die wirkliche Geistes-Aristokraten wären. Glaubt mir, das Wort würde die höchste Auszeichnung unterm Sowjet sein.

Die Schlussfolgerung meiner Betrachtung soll für uns sein die Erkenntnis von der bewußten Mitarbeit an der Sammlung einer geistigen Schicht. Einer Arbeiter-Aristokratie — einer Führerschicht. Denn erst eine feste, durchgebildete Führerschicht gibt die Möglichkeit verlässlichen Wirkens, das nicht morgen bereits wieder abreißt. Und nur auf dieser Möglichkeit kann sich ein politischer und gewerkschaftlicher Wille durchsetzen und damit die soziale Unterwanderung im politischen Kampf, für die Aufwärtsentwicklung der Arbeiterschaft herbeiführen.

Daher für die Zukunft, nicht „Arbeiter-Aristokraten“, sondern Aristokraten der Arbeiterschaft. Sie sind berufen, uns die Gewähr zu geben für die Größe und Zukunft unseres stolzen Verbandes.

Nimra

Ein Tor erkennt, was . .

Als der griechische Dichter Sophokles, der 496—406 v. Chr. lebte, am Ende seines betagten Lebens stand, brachte er einen Satz zu Papier, der eine Weisheit in sich trägt, die auch in unserer Zeit ihre Bedeutung noch nicht verloren hat; denn er sagte: „Ein Tor erkennt, was er in Händen hielt, als trefflich erst, wenn es verloren ist.“ Diese Wahrheit hat besonders auch für die Gegenwart ihre Geltung. Denn in der deutschen Arbeiterbewegung setzt sich die Erkenntnis durch, daß wir in unserem Kampf gegen die Reaktion so manches zu verteidigen haben.

Es gab eine Zeit, da schien es, als hätten für uns Demokratie und republikanische Staatsform ihren Wert verloren. Man hatte sich unter einem Staat, wo das Volk bestimmen sollte, etwas anderes vorgestellt. Man fühlte sich enttäuscht, betrogen. Mißmut machte sich bemerkbar, und berufsmäßige Nörgler beeinflussten das Denken und Fühlen. Das Selbstvertrauen entschwand. Die Reaktion stieg auf. Aite bürgerliche Parteien zerbrachen, neue wurden. Der Faschismus eroberte das Bürgertum und Teile des Proletariats. Er macht mit seinen Banden die Öffentlichkeit unsicher. Der Staat von Weimar ist in Gefahr, die Demokratie droht zu sterben. Über Nacht soll die Arbeiterbewegung gekillt werden. Alles soll verschwinden, damit die Reaktion wieder freien Weg zur Macht im Staat bekommt.

Doch es ist ein Wandel eingetreten. Die Geduld der organisierten Arbeiterbewegung war am Ende. Man hatte die Gefahr des Faschismus richtig erkannt. Der Gegenangriff auf der ganzen Linie setzte ein. Die Antwort aus dem Lager der Gegner war ein Lachen und Verspotten. Doch nur einige Wochen brauchten zu vergehen, da war die Meinung umgestimmt. Der Siegeszug der Eisernen Front ist zu einer geschichtlichen Tatsache geworden. Die Müden und Gequälten haben sich erhoben. Die Herzen erfüllten sich mit Begeisterung. Millionen erhoffen die Stunde, wo der Faschismus zerschmettert am Boden liegt.

Alle sind gekommen, die zu uns gehören; alle haben sich eingereiht in die Staffeln und Hammerschaften. Aber immer noch müssen wir fragen: Bist Du schon dabei? Hast Du den Ernst der Stunde schon erkannt? Stehst Du an meiner Schulter als Kampfgenosse?

Die Welle bewegt sich durch das Land. Sie überspringt alle kleinlichen Bedenken; alle wissen jetzt, daß wir noch etwas in Händen halten, was verteidigt werden muß; daß wir keine Toren sind, die sich die mühsam errungene Freiheit rauben lassen wollen!

Wir wollen nicht die Toren sein, von denen vor 2400 Jahren Sophokles sprach, die immer erst verkannten und dann erst erkannten, was sie in Händen hielten, als es verloren war. Jetzt wollen wir als Sozialisten begreifen, daß die Arbeiterbewegung die Organisationen, die Rechte, den Glauben an die Zukunft und die Freiheit zu verlieren hat, wenn der Faschismus je die Macht ergreifen sollte!

Darum haltet fest, was man uns entreißen will. Die Stunden der Entscheidung sind gekommen. Sie breiten dicke Schatten über uns, die wir zerteilen müssen. Nie kämpft es sich schlecht für Freiheit und Recht! Sie ist es, die Freiheit, die wir in Händen tragen. Das müssen wir jetzt erkennen — sonst vielleicht nie . . . Kurt Busse.

Ein fachmännisches Urteil über die Gewerkschaftspresse

In Nr. 12 der „Deutschen Presse“, dem Blatt des Reichsverbandes der deutschen Presse, befindet sich ein Artikel über die Presse und die Gewerkschaften in Deutschland. Diese Arbeit kann um so mehr Beachtung finden, weil sie von fachmännischer Seite kommt. Die kulturelle Bedeutung der Gewerkschaftspresse wird von dem Verfasser, Heinrich Hoffmann, mit folgenden Worten anerkannt: „Die Gewerkschaftspresse gehört zu den stärksten Mitteln der neuzeitlichen Massenbeeinflussung und hat in den Jahrzehnten ihres Bestehens und Wirkens sich große Verdienste um die Erziehung und die geistige Entfaltung der breiten Volksmassen erworben.“ Über die Umgestaltung der Gewerkschaftspresse und deren Wert wird folgendermaßen geurteilt:

„Die eigentlichen Berufsfragen sind aus der Verbandspresse zurückgedrängt oder gänzlich ausgeschaltet. Dafür ist aber in zunehmendem Maße der Familien- und Unterhaltungsteil ausgebaut und verfeinert worden. Zeichentafel und Autotypie, Kamera und Reportage haben vielfach schon die langweiligen Versammlungsberichte und Konferenzprotokolle verdrängt. Auch drucktechnisch, im Umbruch und Satzspiel, zeigte sich in den letzten Jahren ein energischer Zug zum Modernen. Viele Zeitungen der freien Gewerkschaften benutzen jetzt nur noch Antiquaschrift und teilen ihren zumeist sich aus dem Din-Format ergebenden Raum in drei bis vier Spalten, um dadurch größere Wirkungsmöglichkeiten beim Umbruch zu gewinnen. In „Fachauschüssen“, die sich die Redakteure der Gewerkschaftspresse im Rahmen ihrer Spitzenverbände geschaffen haben, werden Fragen der beruflichen Fortbildung, der textlichen Ausgestaltung der Gewerkschaftszeitungen, der Heranzüchtung tüchtiger und sachkundiger Mitarbeiter, der Honorierung und preßgesetzliche Probleme erörtert. Nach ihrer Ausgestaltung und ihrem Umfang, nach ihrer politisch wie erzieherisch gleich großen Wirksamkeit: kann sich die deutsche Gewerkschaftspresse ebenbürtig einreihen in die große, vom hohen Kulturstand Deutschlands zeugende Front der periodischen Presse.“

Wenn ein Mann der Feder den Kulturstand der Gewerkschaftspresse demot hervorhebt, so können sich die Gewerkschaftsredakteure darüber freuen. Ihre Bemühungen um die Ausgestaltung ihrer Blätter werden selbst von fachmännischer Seite rückhaltlos anerkannt. Aber auch die Verbandsverbände und die Stellen, die über die Gewerkschaftspresse mitzubestimmen haben, sollten die nachstehenden Worte eines unparteiischen Fachmannes beherzigen: „In der jetzigen Notzeit ersetzt sie (die Gewerkschaftspresse) sicherlich Hunderttausenden, vielleicht sogar Millionen arbeitslosen Volksgenossen die Tageszeitung, ist sie den Familienangehörigen der Notleidenden die vielleicht einzige Lektüre, das Blatt, das durch seinen Unterhaltungsteil ein wenig über die Bitternis der trostlosen Lebenslage hinwegtrübt.“ Die furchtbare Krise darf die scharfe Waffe, die die Gewerkschaftsbewegung sich in ihrer Presse geschaffen hat, nicht vernichten. Sie ist in diesen trüben Zeiten, wo alles wankt, der ruhende Pol in der Erscheinungen Flucht.

Die Metallarbeiter-Zeitung

gründlich lesen, dann weitergeben an Unorganisierte und Gleichgültige. Werbt mit eurer Zeitung für eure Sache!

Vom Vorstand

Telegrammschrift: Metallvorstand Berlin
Fernsprecher: Dönhoff 6750—6753

Mit Sonntag, dem 10. April, ist der 16. Wochenbeitrag für die Zeit vom 10. bis 16. April 1932 fällig.

An die auswandernden Mitglieder

Mitglieder, die im Ausland reisen und kein Reisegeld erheben, müssen zur Erhaltung ihrer Mitgliedschaft, unter Einsendung ihres Mitgliedsbuches, beim Verbandsvorstand in Berlin Stundung der Beiträge beantragen.

Im Ausland arbeitende Mitglieder, die an ihrem Arbeits- oder Wohnort einer Metallarbeiterorganisation nicht beitreten oder zu einer solchen nicht übertreten können, haben sich nach § 5 Abs. 5 und § 34 des Verbandsstatuts unter Einsendung ihres Mitgliedsbuches beim Verbandsvorstand als Einzelmitglied anzumelden.

Bei Nichtbeachtung dieser statutarischen Bestimmungen erlischt die Mitgliedschaft und kann nach etwaiger Rückkehr die erloschene Mitgliedschaft nicht fortgesetzt werden.

Die Ortsverwaltungen werden dringend gebeten, die Kollegen, die sich zu einer Reise ins Ausland oder zur Auswanderung abmelden, auf die statutarischen Bestimmungen aufmerksam zu machen.

Zur Beachtung! Zuzug ist fernzuhalten:

Nach Rotterdam, Schiffswerft und Maschinenfabrik P. Smit Jr. (Streik).

Berlin SW 68, Alte Jakobstraße 148

Der Verbandsvorstand

Verbandsanzeigen

Fritz Schönduwe, dessen Todesnachricht in der letzten Nummer der Metallarbeiter-Zeitung stand, war Bevollmächtigter unserer Verwaltungsstelle Oschersleben a. d. Bode.

Paul Dathe, geboren am 29. März 1908 in Meißen, Buchnummer 6486/673, wird aufgefordert, seine Adresse an die Ortsverwaltung des DMV Meißen, Martinstraße 6, zu senden. Kollegen, die den Aufenthalt des Gesuchten kennen, werden ebenfalls um Nachricht gebeten.

Gütersloh, Lokalgeschenk wird in der Zeit von April bis Oktober nicht bezahlt.

Ausschußsitzung des ADGB

Zu Beginn der Sitzung, die am 22. März in Berlin stattfand, gedachte Leipart in ehrenden Worten Paul Umbreits, der am 21. März mitten aus einer reichen Tätigkeit heraus uns entrisen worden ist.

Leipart leitete seinen Bericht mit einer Darlegung der Gründe ein, die den Bundesvorstand zu einer Verlegung des außerordentlichen Gewerkschaftskongresses veranlaßt haben. Er wird in der Woche nach dem 10. April stattfinden.

Die gewerkschaftliche Betreuung der Arbeitslosen wird noch auf lange Zeit hinaus eine der zentralen Aufgaben der Gewerkschaften sein. Der Bundesvorstand hat sich in seinen letzten Sitzungen besonders eingehend mit ihren Organisationsmöglichkeiten beschäftigt. Von einem Verband war angeregt worden, eine besondere Organisation der Arbeitslosen im Anschluß an die Ortsausschüsse aufzuziehen. Nach Auffassung des Bundesvorstandes kommt eine besondere Organisation der Arbeitslosen nicht in Frage, vielmehr bleibt es Aufgabe der Verbände, die Beitragsbedingungen für ihre arbeitslos werdenden Mitglieder so zu erleichtern, daß sie ihre Mitgliedschaft in den Verbänden aufrechterhalten können. Zur geistigen und materiellen Betreuung der Arbeitslosen bei der Beschaffung von Mitteln und Arbeitsmöglichkeiten leisten die Ortsausschüsse bereits Außerordentliches. Gewerkschaftliche Arbeitslosenausschüsse werden für die zweckmäßige Zusammenfassung der Arbeitslosen zu empfehlen sein. Die Verbindung mit allen Stellen, die sich der Vorsorge für die Arbeitslosen widmen, sollte von den Ortsausschüssen besonders gepflegt werden. Die jugendlichen Arbeitslosen müssen mit besonderer Hingabe betreut werden. Gerade die letztere Aufgabe gehört zu den wichtigsten, vor die die Gewerkschaften gerade in dieser Zeit der Not gestellt sind. Sie steht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Frage des freiwilligen Arbeitsdienstes, der in der letzten Zeit von verschiedenen Seiten stark propagiert wird. Die arbeitsmarktpolitischen und arbeitsrechtlichen Bedenken, die gegen die Einführung des freiwilligen Arbeitsdienstes bestehen, sind im Märzheft der „Arbeit“ behandelt worden. Es kommt darauf an, nur solche Arbeiten auf dem Wege des freiwilligen Arbeitsdienstes durchführen zu lassen, die eindeutig zusätzlich arbeiten sind und weder arbeitsmarktpolitisch noch arbeitsrechtlich eine Gefahr für die Arbeiter bedeuten.

In der Aussprache wurde betont, daß alle Gewerkschaften sich nachdrücklich bemühen, die arbeitslos gewordenen Mitglieder durch Erleichterung der Beitragszahlung den Organisationen zu erhalten. Eine besondere Organisation der Arbeitslosen zu schaffen, wurde entschieden abgelehnt. Die Betreuung der Arbeitslosen muß in erster Linie eine Aufgabe der Verbände bleiben. Der Bundesausschuß war der Meinung, daß die Kommission für Verwaltungsreform eine einheitliche Stellungnahme vorbereiten soll.

Heinrich Henkel, Stuttgart †

Einem Schlaganfall erlegen ist der Eisendreher und Arbeiterdichter Heinrich Henkel. In unserer Zeitung ist er oft zu Wort gekommen. Er bediente sich des Decknamens Henno Griff. Wenn seine Drehbank im rhythmischen Schwunge schnurrte, dann brachte er seine proletarischen Gedanken in poetische Formen. Seine Verse waren rund und glatt, mitunter auch rublig und hubblig, je nachdem er beim Schrumpfen oder beim Schlichten gedichtet hatte. Dieser wackere Kollege war in allen Künsten bewandert, er dichtete, malte und übte sich in der Holzbildhauerei. Manches Kind seiner Muße befindet sich im Besitz der Arbeiterbewegung. Trotz dieser großen Fähigkeiten und geistigen Gaben ist unser Kollege Heinrich Henkel schlicht und bescheiden im Hintergrund geblieben. Er stand im Anfang der sechziger Jahre und war schon seit einigen Jahren invalid. Wir werden diesem prächtigen Verbandskollegen ein dauerndes Gedächtnis bewahren. Friede seiner Aschel

Ausschußsitzung des IGB in Bern

Die Gewerkschafts-Internationale zur Weltwirtschaftskrise

An der diesjährigen Ausschusssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes, die am 16. März in Bern stattfand, nahmen 21 Vertreter von 14 Landeszentralen und von 26 Berufssekretariaten 39 Abgeordnete teil. Nach allerhand Ansprachen gab der Sekretär Schevenels eine Ergänzung des gedruckten Tätigkeitsberichts. Er verwies auf die erfreuliche Tatsache, daß trotz der Krise der Bund seine Mitglieder um 1 Million und die Zahl der angeschlossenen Landeszentralen um zwei erhöhen konnte. Die Mitgliederzahl betrug Ende 1931 14 Millionen.

Im Zusammenhang mit der Wirtschaftsfrage sprach der Sekretär sein Bedauern darüber aus, daß der Amerikanische Gewerkschaftsbund eine Beteiligung an der bevorstehenden Internationalen Gewerkschaftskonferenz zur Prüfung der Aktionsmittel für die 40-Stunden-Woche und gegen die Krise abgelehnt hat, obwohl der internationale Charakter der Wirtschaftskrise ein gemeinsames Vorgehen der Gewerkschaften doppelt notwendig macht. Besonderes Gewicht hat der IGB auf den Ausbau seiner Beziehungen zu den nichtangeschlossenen Ländern gelegt. Die Bestrebungen werden mit aller Umsicht fortgesetzt werden. Zum Schluß seiner Ausführungen verwies Schevenels auf die beim IGB errichtete Wirtschaftsabteilung und sprach die Hoffnung aus, daß es zu einer ausgiebigen Benutzung dieser Abteilung durch die Landeszentralen und Internationalen Berufssekretariate kommen möge.

In der Aussprache wurde besonders die Festigung der Beziehungen zu den nichtangeschlossenen Ländern in den Vordergrund gehoben. Auf Grund der bisherigen Erfahrungen, die zeigen, daß vor allem persönliche Besprechungen zu wirklichen Erfolgen führen, wurde die Entsendung von Delegationen nach den betreffenden Ländern befürwortet. — Sodann wurde der Tätigkeitsbericht einstimmig genehmigt.

Die Lage der Weltwirtschaft

Zu dieser Sache sprach als Hauptredner der Kollege Leipart. Als dringlichste Aufgaben zur Überwindung der weltweiten Krise bezeichnete er:

1. Die Länder, die den Goldstandard aufgegeben haben, müssen unverzüglich eine Stabilisierung der Währungen vornehmen. Die Länder, deren Währungen bedroht sind, müssen mit aller Kraft für die Erhaltung ihrer Währung eintreten. Die kapitalkräftigen Länder, die nicht vom Währungsverfall bedroht sind, haben die Pflicht, ihren schwächeren Nachbarn zu helfen.

2. Man muß die Arbeitslosigkeit sozusagen künstlich zum Verschwinden bringen, indem man die vorhandene Arbeit auf mehr Hände verteilt. Die gewerkschaftliche Forderung auf gesetzliche Einführung der 40-Stunden- oder der 5-Tage-Woche ist leider von den meisten Regierungen nicht aufgenommen worden. Die Unternehmer wollen nicht anerkennen, daß die Verkürzung der Arbeitszeit nicht nur eine Forderung der Gegenwart, sondern auch eine notwendige Maßnahme für die Zukunft darstellt. Denn auch in besseren Zeiten werden längst nicht alle Arbeiter, die jetzt erwerbslos sind, bei mehr als 40stündiger Arbeitszeit wieder in Arbeit gebracht werden können.

3. Die Arbeitslosigkeit muß darüber hinaus auf natürlichem Wege zum Verschwinden gebracht werden. Infolge des Versagens der privaten Wirtschaft ist der einzig gangbare Weg hierzu Arbeitsbeschaffung, die von der öffentlichen Hand ausgeht.

4. Die Finanzierung einer Arbeitsbeschaffung erfordert besondere Anstrengungen. Eine gewisse Vortarbeit hat bereits der Goldausschuß des Völkerbundes geleistet. Genosse Jouhaux schlägt vor, daß die Notenbanken der europäischen Länder mit Goldüberschuß einen Teil ihrer Goldreserven für eine Arbeitsbeschaffungsanleihe zur Verfügung stellen.

5. Es ist bezeichnend, daß die Krisenkonferenzen, die in letzter Zeit von einigen unseren Landeszentralen einberufen worden sind, sich mit verstärkter Energie für einen Umbau der Wirtschaft ausgesprochen haben. In der Tat ist das kapitalistische Wirtschaftssystem nicht imstande, den Weg aus der Krise zu zeigen. Seine Selbstheilungskräfte sind unwirksam geworden. Nur eine planmäßige Bewirtschaftung der Produktivkräfte durch die Allgemeinheit kann die Krise überwinden.

Der Redner erinnert an die ausgezeichneten Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz und an die wirtschaftlich kluge Einsicht, die aus manchen Stellen des Dawes-Planes und des Beneduce-Berichts hervorleuchtet. Aber die wirtschaftliche Erkenntnis wurde durch politische Zielsetzungen vernebelt. Bei den vielfachen Reisen der verantwortlichen Politiker in den letzten Monaten sind viele freundliche Worte gefallen. Sie haben aber nur dazu gedient, die Entscheidungen, die doch einmal getroffen werden müssen, zu verzögern, obgleich die steigende Not rasches Handeln verlangt.

Wir brauchen keine Worte mehr, schließt Leipart, wir wollen endlich Taten sehen, damit die Welt wieder ein friedlicheres Antlitz erhält, damit die Menschheit endlich glücklich werde!

Entschließung

Dem Vortrage Leiparts folgte eine rege Aussprache, an deren Schluß eine Entschließung einstimmig angenommen wurde, deren wesentliche Sätze hier folgen:

... Im Namen seiner 14 Millionen Mitglieder und für die 25 Millionen Arbeitslosen in der Welt fordert der IGB, daß endlich die Forderungen aus dem Versagen der kapitalistischen Wirtschaft gezogen werden und der Umbau der Wirtschaft erfolgt, ohne den es keinen Ausweg aus der Krise gibt.

Im Vordergrund der sofortigen Maßnahmen zur Krisenbekämpfung muß Arbeitsbeschaffung für das Millionenheer der Erwerbslosen stehen. Der IGB verlangt mit allem Nachdruck, daß die vorhandenen Kreditmöglichkeiten nicht mehr für Rüstungszwecke und die Subventionierung febril-rationalisierter und bankrotter Wirtschaftsbetriebe verschleudert, sondern zur Finanzierung großzügiger Arbeitsbeschaffung verwendet werden.

Gleichzeitig muß endlich die Konsequenz aus der Tatsache gezogen werden, daß die vorhandene Arbeit in der Welt nicht mehr ausreicht, um alle Arbeiter und Angestellten voll zu beschäftigen. Rationalisierung und Krise zwingen gebieterisch, die 40-Stunden- bzw. 5-Tage-Woche als Höchstdauer der Arbeitszeit in allen Betrieben und allen Ländern endlich gesetzlich durchzuführen.

Zugleich mit diesen unmittelbaren Maßnahmen zur Linderung der Krise muß damit begonnen werden, die Wirtschaft umzubauen. Die letzten Jahre lassen eindeutig erkennen, daß die Entwicklung in der Welt zur Formierung großer in sich geschlossener Wirtschaftseinheiten führt. Besonders dringlich ist die Aufgabe, Europa als Wirtschaftseinheit zu organisieren, unbeschadet ob und wann andere Teile der Welt sich zu planmäßiger Wirtschaftsführung zusammenschließen.

Sodann sprach Kollege Jouhaux (Frankreich) über die nächste Internationale Arbeitskonferenz. Er sagte, da sich in letzter Zeit der Widerstand der Unternehmervertreter im Internationalen Arbeitsamt zusehends verschärft, sei solidarisches Zusammenhalten und straffe Disziplin aller Arbeitervertreter ein unbedingtes Erfordernis. Jouhaux ersuchte zum Schluß den Ausschuß um die Ermächtigung zu einem energischen Vorstoß auf der nächsten Arbeitskonferenz zugunsten der 40-Stunden-

Woche, und zwar werde die Arbeitergruppe einen Antrag einbringen, bei dem es sich jedoch nicht darum handelt, die Frage dem IAA zur Prüfung zu unterbreiten, vielmehr solle die Konferenz durch eine Abstimmung eindeutig zur 40-Stunden-Woche und dem damit zusammenhängenden Lohnproblem Stellung nehmen. Die Öffentlichkeit solle auf diese Weise erfahren, welche Regierungen und welche Unternehmer den Mut aufbringen, sich dieser unabwiesbaren wirtschaftlichen Notwendigkeit zu widersetzen.

Konferenz mit den Berufssekretären

Am 17. und 18. März war dann der Vorstand des IGB mit den Vertretern der Internationalen Berufssekretariate beisammen. Der Hauptgegenstand der Beratung war der Einbau der Berufssekretariate in den Internationalen Gewerkschaftsbund. Hierzu lag ein Antrag des Vorstandes des IGB vor. Es entspann sich eine umfangreiche Aussprache, in der die Genossen Cramp (Transporter), v. d. Heeg (Bekleidungsarbeiter), Smit (Privatgestellte) für den Einbau waren, während v. Berckelaer (Diamantarbeiter), Mertens sowie Tarnow (Holzarbeiter) und Ilg (Metallarbeiter) die Ansicht vertraten, daß das bisherige Verhältnis keinen Grund zur Klage gibt und jede Änderung daher als überflüssig und unzweckmäßig anzusehen sei.

Nach Schluß der Debatte wurde über die Frage abgestimmt, ob eine Änderung im Aufbau des IGB erwünscht sei und ob diese Angelegenheit weiter verfolgt werden solle. Beide Fragen wurden mit 16 gegen 7 Stimmen verneint. Ein von v. d. Heeg gestellter Antrag auf Einsetzung einer aus Vertretern des Vorstandes des IGB und der IBS bestehenden Kommission zur weiteren Prüfung der Frage war durch diese Abstimmung erledigt.

Das englische Pfund steigt!

Um das englische Pfund entwickelt sich ein aufregendes Spiel, das heute nicht wenig Kopferbrechen verursacht. Niemand kann über die Zukunft des Pfundes Sicheres wissen. Der englische Finanzminister gab absichtlich eine zweideutige Erklärung ab, um die Öffentlichkeit im ungewissen zu halten, und die englische Notenbank verfolgt absichtlich eine Politik der Verwirrung. Sie kauft einmal, verkauft ein anderes Mal Pfunde gegen Auslandsgeld, wirkt daher auf die Gestaltung des Pfundkurses ein, jedoch in einer unberechenbaren Weise, so daß sich die Spekulanten schon wiederholt bei der Spekulation die Finger verbrannt. Kurz zusammengefaßt spielt sich um das Pfund folgendes ab:

Seit einiger Zeit fließen gewaltige Summen Auslandsgeldes (Devisen) nach England, und zwar aus den folgenden Gründen: Das von England geflüchtete inländische Kapital kehrt in die Heimat zurück. Das erschütterte Vertrauen wurde in England wiederhergestellt, zuerst nur dank des Ausbleibens der Kreditpanik, der Notenhamstern und der Inflation, später jedoch dank der Befestigung der Lage des Staatsbudgets und der, wenn auch mäßigen, Belebung der Wirtschaft, die sich allenfalls günstiger entwickelte als in den anderen Ländern. Auch von den Zöllen, die kürzlich eingeführt wurden, erwartet das Kapital erhöhte Gewinne.

Die andere Ursache des Einströmens von Auslandsgeld nach England ist die Spekulation auf Valutagewinne, die erzielt werden könnten, wenn sich der Wechselkurs des Pfundes gegenüber dem Gold noch weiter verbessert. Große Summen indischen Goldes wanderten aus diesem Grunde nach England, wo sie in Pfunde umgewandelt wurden. In Indien befinden sich bekanntlich gewaltige gehammerte Goldvorräte im Privatbesitz, die jetzt zum ersten Male in Bewegung kamen. Doch strömen auch aus anderen Ländern Kapitalien nach England, um dort Valutagewinne zu machen. Der Strom des Auslandsgeldes hatte die starke Verbesserung des Pfundkurses zur Folge. So stieg das Pfund Sterling, das am 8. Dezember seinen tiefsten Stand erreichte und nur noch 13,68 M wert gewesen war, in der letzten Woche auf 15,75 M.

Diese Werterhöhung des Pfundes wird aber aus mehreren Gründen als nachteilig erachtet. Je mehr sich nämlich das Pfund verbessert, um so geringer ist der Vorsprung, den die englische Ausfuhr auf dem Weltmarkt genießt, um so niedriger sind, in Pfunden ausgedrückt, die Profite der englischen Ausfuhrindustrie. Außerdem wird befürchtet, daß das Einströmen von Auslandsgeld zur Grundlage einer Vermehrung des Geldumlaufs gemacht wird, wodurch sich das innere Preisniveau stark erhöhen könnte.

Um die Verbesserung des Pfundkurses zu verhindern, kaufte die englische Notenbank große Summen Auslandsgeldes. Das war der wirkliche Grund dafür, daß England den größten Teil jener Auslandskredite, die es im vorigen Sommer in den Vereinigten Staaten und in Frankreich aufnahm, bereits zurückerzahlen konnte. Sie erwarb außerdem noch erhebliche Devisenvorräte. Die Senkung des Diskontsatzes, die bereits zweimal erfolgte und den Diskontsatz auf 4 vH herabdrückte, sollte die Kapitaleinfuhr ebenfalls hemmen, obwohl die Ansicht vorherrscht, daß diese Kapitaleinfuhr nach der Gestaltung des Diskontsatzes weitgehend unabhängig ist. In dieser Lage haben sich Regierung und Notenbank entschlossen, die unliebsame Kapitaleinfuhr auf die Art zu drosseln, daß sie die Öffentlichkeit über ihre Pläne hinsichtlich der Gestaltung des Pfundkurses in Unsicherheit lassen und die Valutaspekulanten dadurch verwirren, daß die Notenbank in im voraus nicht zu berechenbarer Weise durch Kauf oder Verkauf von Auslandswaluten den Pfundkurs einmal nach oben, ein andermal nach unten „manipuliert“, wobei die Spekulation empfindliche Verluste erleiden kann.

Das Abschreckungsmittel hat bisher gut gewirkt. Im Hintergrund bleibt freilich die wichtige Frage, ob England das Pfund stabilisieren wird und wenn ja, zu welchem Zeitpunkt und auf welcher Höhe. Der Entschluß der englischen Regierung hängt von Verschiedenem ab, vor allem von der Preisentwicklung in den Goldwährungsländern. Soviel scheint jedoch festzustehen, daß eine Stabilisierung vorläufig noch nicht erfolgen kann und daß zuerst die Behebung der internationalen Kreditkrise und internationale Vereinbarungen in der Währungsfrage die Voraussetzungen für die Pfundstabilisierung liefern müssen.

Betriebsvertretung bei Entlassungen

Die Arbeitsordnung eines Betriebes sieht vor, daß Entlassungen und Entlassungen durch die Betriebsleitung „nach Einvernehmen mit der gesetzlichen Betriebsvertretung“ erfolgen. Diese Bestimmung hat das Reichsarbeitsgericht dahin ausgelegt, daß die Betriebsleitung Kündigungen rechtswirksam nur mit Zustimmung der Betriebsvertretung aussprechen könne. Widerspruch dieser einer Kündigung, so sei sie unwirksam (RAG 77/31 vom 19. September 1931).

Brief aus Polnisch-Oberschlesien

Wie anderswo, so sind auch in Polen, und besonders in seinem ober-schlesischen Eisenbezirk, die Industriellen eifrig dabei, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Immerhin ist es den Gewerkschaften gelungen, den Tariflohn bis Ende Dezember unberührt zu erhalten. Auch die Stückakkorde konnten bis zum April 1932 unverkürzt verlängert werden. Nur beim Gruppenakkord entschied der Schlichtungsausschuß einen Abzug von 5 bis 10 vH. So ist zum Beispiel der Tariflohn des ersten Handwerkers, der nicht im Akkord schafft, auf 11,50 Zl. = 5,47 M für 8 Stunden verblieben, der des Schichters über 24 Jahre auf 6,70 Zl. = 3,22 M, der der Schichterin auf 4,50 Zl. = 2,16 M, der des jugendlichen Arbeiters 2,05 Zl., das sind 0,98 M.

Das Stückakkord-Abkommen, wo die Akkordverdienste zwischen 13 und 18 Zl., oder zwischen 6,24 und 8,64 M, schwanken, ist belassen worden. Lediglich die Akkordverdienste aus dem Gruppenakkord, die von 14 bis 22 Zl. schwanken, wurden um 5 bis 10 vH verkürzt.

Am 15. Dezember kündigten die Eisenindustriellen den Tariflohn erneut. Die Gewerkschaften haben die Kürzung zurückgewiesen mit dem Hinweis, daß von den 20 000 Eisenerarbeitern kaum 6000 voll arbeiten, während 10 000 verkürzt schaffen und 4000 ganz erwerbslos sind.

Zu gleicher Zeit, wo die Metallarbeiter wegen der Erhaltung ihrer Tariflöhne verhandelten, kündigten die Zechenherren das Lohnabkommen mit dem Verlangen nach einer Kürzung der Sätze um 21 vH. Die Herren nahmen als Vorwand die Einstellung der Exportprämien-Zahlung durch die Regierung. Sie erklärten, falls der Lohnabbau nicht bewilligt werde, sie die Ausfuhr von Kohle einstellen wollten. (Die Ausfuhr beträgt zur Zeit 43 vH der Gesamtproduktion.) Beide Arbeitergruppen, die des Bergbaus wie der Eisenhütten, beschlossen nunmehr die aktive Abwehr der Unternehmerforderungen. Am 15. Januar wurde allen Hütten- und Bergarbeitern zum 1. Februar gekündigt. Die Regierungsstellen entschieden jedoch, daß die Kündigung zu Unrecht erfolgt sei und daß die Unternehmer zuerst den Schlichtungsausschuß anzurufen hätten. Der Ausschuß für die Eisenhütten tagte dann auch und verkündete, daß die bestehenden Tariflöhne bis zum 31. März 1932 zu verlängern seien. Der Schlichtungsausschuß für den Bergbau dagegen entschied sich für eine Lohnkürzung von 8 vH.

Von den polnischen Bergbau-Gewerkschaften wurde gefordert, ihren Lohnabbau mit einem Streik zu beantworten. Die Metallarbeiter aber, deren Lohn unverändert bis 31. März 1932 bestehen bleibt, sahen keinerlei Grund, sich an diesem Streik zu beteiligen. Dementsprechend hat die Funktionärskonferenz des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes auch beschlossen. Der polnische Zentralverband hatte zuerst mit der polnischen Berufsvereinigung beschlossen, die Streikparole herauszugeben. Da aber die Regierung den Schiedsspruch für die Eisenhütten und auch für den Bergbau bestätigte, lehnte die polnische Berufsvereinigung den Streik ab. Sie stellte sich auf den Standpunkt, daß dieser Streik angesichts der großen Geschäftsflaute den Industriellen nur erwünscht sein könnte, um noch mehr Bergarbeiter zu entlassen. Der Deutsche Metallarbeiter-Verband nahm die gleiche Stellung ein. Jetzt, wo kaum 30 vH der Arbeiter voll beschäftigt sind, bedeutete der Streik nichts weiter, als daß die Industriellen die Werke eine Zeitlang ganz geschlossen hätten. Dieser Wahrscheinlichkeit mußte mit allen Mitteln entgegengetrieben werden.

Es kam aus diesem Grunde weder zu einem Streik der Bergarbeiter, noch viel weniger zu dem der Metallarbeiter. Lediglich das Dobrowaer Gebiet streikte, um den achtprozentigen Lohnabbau abzuwehren. Nach vierwöchiger Dauer mußte dieser Streik erfolglos beendet werden, weil keine Aussicht auf eine Rückgängigmachung der Lohnkürzung bestand.

Goldverkauf lohnt sich in England

In England stehen die Leute Schlange, um ihr Gold zu verkaufen. Eine eigenartige Lage ergab sich in England durch die Loslösung von der Goldwährung. Den Erwartungen zuwider trat trotz der Senkung des Auslandswertes des englischen Pfundes um 25 bis 30 vH keine erhebliche Steigerung der Inlandspreise in Erscheinung, so daß in England heute mit einem Pfund kaum weniger Waren gekauft werden können als vor dem 18. September 1931, und jedenfalls viel mehr als vor zwei Jahren, da inzwischen eine starke Senkung des allgemeinen Preisstandes eintrat. Das Gold, als internationale Ware, die in den Ländern, die der Goldwährung treu blieben, zu einem gesetzlichen festen Kurs stets verkauft werden kann, hat gegenüber dem Pfund einen um 25 bis 30 vH höheren Wert. Deshalb erzielen die Besitzer von Gold und Juwelen aus Gold einen erheblichen Gewinn, wenn sie ihren Goldbesitz verkaufen. Für ein Goldstück von 20 Schillingen (1 Pfund) erhalten sie nämlich jetzt 26 bis 27 Schillinge. Bei der gegenwärtigen Kaufkraft des Pfundes gewinnen sie dabei in Warenwert 5 bis 6 Schillinge für jedes Pfund. Daraus erklärt sich der Andrang der Besitzer von Gold und Juwelen vor den Läden, die diese Schätze ankaufen.

In den letzten Wochen wurden auf diese Weise Gold und Juwelen im Wert von 6,5 Millionen Pfund verkauft. Viel größer sind allerdings die Goldbestände, die zur Ausnutzung einer ähnlichen Lage in Indien aus den Beständen in diesem Goldbesitzer nach England strömten und deren Summe im September 1931 34 Millionen Pfund betrug.

Die Vereinigten Staaten als Gläubiger

Im Jahre 1931 haben die Vereinigten Staaten dem Ausland Anleihen in der Höhe von einer halben Milliarde Dollar gegeben. Seit dem Rekordjahr für Auslandsanleihen 1928, als die amerikanischen Auslandsanleihen die gewaltige Summe von 2,1 Milliarden Dollar erreichten, ging die Kreditgewährung der Vereinigten Staaten an das Ausland zurück. Im Jahre 1929, als die Kapitalien durch die amerikanische Börsenspekulation im Inland festgehalten wurden, sank sie auf 1,4 Milliarden Dollar. Im Jahre 1930 stiegen die Auslandsanleihen leicht auf 1,5 Milliarden an, um im Krisenjahr 1931 auf eine halbe Milliarde Dollar zu sinken. Im abgelaufenen Jahr gingen — außer den Anleihen an die Notenbanken — nur zwei größere amerikanische Anleihen nach Europa, die eine an die spanische Regierung, die andere an den schwedischen Zündholztrust. Noch stärker als die Anleihen nach Europa, die um 65 vH gegenüber dem Vorjahr sanken, gingen die Anleihen nach Südamerika zurück, um nicht weniger als 80 vH.

Die gesamten Auslandsforderungen der Kapitalbesitzer der Vereinigten Staaten betragen Ende 1931 gegen 18 Milliarden Dollar. Davon entfallen 5,7 Milliarden auf Europa (1,6 Milliarden auf Deutschland), 4,6 Milliarden auf Kanada, 3,1 Milliarden auf Südamerika, 3 Milliarden auf Mittelamerika und 1 Milliarde auf asiatische Länder.

In Belgien bedroht das Anwachsen der Arbeitslosigkeit den Arbeitsschutz. Zur Zeit zählt Belgien 153 000 Vollarbeitslose und 169 000 Kurzarbeiter. Für die Unterstützung dieser Arbeitslosen sind im Jahre 1932 nur 350 Millionen Franken vorgesehen, notwendig wäre mindestens eine Milliarde. Für die verheirateten Frauen soll die Erwerbslosenfürsorge abgebaut werden, sie sollen nur noch für 60 Tage Unterstützung von ihren Organisationen und 30 Tage Krisenunterstützung bekommen.

